

DER HAUPTSTADTBRIEF

DIE HINTERGRUND-SEITEN IN DER Berliner Morgenpost
2. OKTOBER 2015

In Berlin geht immer was!

Vielleicht läuft nicht alles perfekt, aber seit der Wiedervereinigung Berlins am 11. Januar 1991 warten Aufgaben ohne Ende.

Seite 2



Die Kraft der deutschen Sprache

Ost und West waren auch in den Jahrzehnten der Teilung ein Sprachraum, gegenläufigen Bemühungen der DDR zum Trotz.

Seite 5



Die Unfertigkeit als Attraktion Berlins

Eine „runde Sache“ ist die Hauptstadt im 25. Einheitsjahr nicht. Eher sieht es so aus, als sträube sie sich, eine „runde Sache“ zu werden.

Seite 7



Für viele im Westen unerwartet, für die meisten im Osten herbeigeseht und dann herbeidemonstriert: die deutsche Einheit als Krönung des Mauerfalls. Das Bild entstand in der Nacht vom 2. auf den 3. Oktober 1990. Vor dem Reichstag wurde in den ersten Tag der deutschen Einheit hineingefei-ert.

FOTO: PICTURE ALLIANCE/WOLFGANG KUMH

Die Deutschen haben Grund zum Feiern

Der 3. Oktober ist kein Nationalfeiertag wie jeder andere – es ist ein Tag, um stolz zu sein auf die einzige sanfte Revolution der Weltgeschichte | Von Martin Walser

Amerika feiert am 4. Juli seinen Independence Day. Frankreich feiert am 14. Juli den Sturm auf die Bastille, also den Auftakt zur Französischen Revolution. Viele Nationen begehen den Tag ihrer Geschichte, an dem sie eine Verfassung errungen haben – so etwa Dänemark, Polen, Norwegen. Aber auch die Erringung der Unabhängigkeit wird zum nationalen Feiertag – wie eben in den USA, in Schweden, in Griechenland. In Spanien feiert man eine Tat: die Entdeckung Amerikas durch Kolumbus.

Die meisten Nationalfeiertage gehen auf das 19. Jahrhundert zurück, aber die Anlässe für einige liegen auch weiter zurück: Mit einem besonders frühen Ursprung glänzt der St. Patrick's Day Irlands von 461, und die Schweiz kann den Gründungstag ihrer Demokratie auf das Jahr 1291 zurückführen. Der deutschen Geschichte mit ihren Höhen und Tiefen gelang es indessen lange nicht, einen Tag hervorzubringen, der sich als Nationalfeiertag hätte halten können. Doch dann kamen das Jahr 1990 und der Tag der Deutschen Einheit.



Martin Walser ist Schriftsteller und Theaterautor. Der heute 88-jährige verfasste nicht nur literarische Werke – vom Lob seiner heimischen Bodenseeregion bis zum umstrittenen Roman *Tod eines Kritikers* –, er hat sich auch immer wieder politisch geäußert. Am 17. Oktober 2015 wird er in Naumburg mit dem Internationalen Friedrich-Nietzsche-Preis für sein Lebenswerk ausgezeichnet. Für den HAUPTSTADTBRIEF legt er dar, warum sich die Bürger in Ost und West über den Tag der Deutschen Einheit freuen können.

FOTO: IMAGO STOCK/PEOPLE

Deutschland besitzt mit dem 3. Oktober den jüngsten Nationalfeiertag in der europäischen Geschichte – und wir sollten und dürfen nie vergessen, wie es zu diesem Tag kommen konnte. Vierzig Jahre lang getrennt. Vierzig Jahre zwei Deutschland. Und im Osten wie im Westen Eifer und Mühe, diesen doch elenden Zustand zu rechtfertigen. Dass der sozialistische Teil für immer sozialistisch bleiben sollte, wurde mit allen Mitteln einer Diktatur verkündet. Auch durch eine groteske Aufrüstung und andauerndes Auftragen militanter Phrasen. Dass ein geteiltes Deutschland dem Verlauf der

deutschen Geschichte mehr entspreche als etwa ein deutsches Reich, das erdachten ebenso ehrbare wie prominente West-Gelehrte, um die Teilung vernünftig zu finden.

Dass diese Teilung Deutschlands eine Strafe für unsere Verbrechen in Auschwitz sei, war eine von Schriftstellern gern vertretene Ansicht. Es wurden Formulierungen erdacht, die die Teilung vernünftig und natürlich erscheinen lassen sollten, wie „Deutschland, eine Kulturnation in zwei Staaten“. 17 Millionen Bürger dieser Kulturnation lebten freilich eingesperrt hinter dem Eisernen Vorhang und dann noch hinter der Mauer, während die Erdenker und Verkünder von derlei Phrasen frei durch die Welt flanierten. Wer sich nicht mit der Teilung abfinden konnte, wurde als nationalistisch diffamiert. Rudolf Augstein gab im „Spiegel“ seiner Überzeugung Ausdruck, dass er auf Deutschland nicht verzichte – also nannte ihn der Weltbestsellerautor Patrick Süskind „frühvergreist“.

FORTSETZUNG AUF SEITE 6

Wer ist deutsch – und wer ist deutscher?

Die Bereitschaft, über Risiken und Chancen der Einwanderung offen zu diskutieren, ist gering im beliebtesten Einwanderungsland Europas | Von Güner Yasemin Balci

Es kommt eben manchmal anders, als man denkt: 1982 fand ein vertrauliches Gespräch zwischen der damaligen britischen Premierministerin Margaret Thatcher und Bundeskanzler Helmut Kohl statt, dessen Protokoll lange unter britischen Geheimpapieren lagerte, heute aber unter dem Aktenzeichen PREM 19/1036 der Öffentlichkeit zugänglich ist. Darin wird eine Aussage des im selben Jahr Kanzler gewordenen Helmut Kohl wie folgt wiedergegeben: „Es sei unmöglich für Deutschland, die Türken in ihrer gegenwärtigen Zahl zu assimilieren, über die nächsten vier Jahre werde es notwendig sein, die Zahl der Türken um 50 Prozent zu reduzieren.“

Das Gegenteil ist eingetreten: Dreißig Jahre später ist Deutschland ein Einwanderungsland – mit all den Reibungen, Bereicherungen und Schwierigkeiten, die unvermeidbar auftreten, wenn Menschen verschiedener Kultur und Religion aufeinandertreffen. Einwanderung ist eine der größten Herausforderungen moderner Gesellschaften, aber überzeugende politische



Güner Yasemin Balci ist Buchautorin und Fernsehjournalistin. Die gebürtige Berlinerin aus türkisch-kurdischem Elternhaus hat mit ihren Romanen *Arabbay* und *ArabQueen* dem deutsch-arabischen Milieu Neuköllns den Puls gefühlt. Zuletzt erschien ihr Buch *Aliyahs Flucht*. Für den HAUPTSTADTBRIEF legt sie dar, wo aus Sicht einer Journalistin, die sich als Deutsche fühlt, aber von vielen nicht als Deutsche wahrgenommen wird, Deutschland heute steht – und wohin es sich als Einwanderungsland bewegen müsste.

FOTO: ANDREAS LABES

Konzepte, wie diese zum Vorteil aller geregelt werden kann, gibt es bisher nicht. Mehr als 50 Jahre, nachdem der erste „Gastarbeiter“ deutschen Boden betrat, tun Alt- und Neubürger sich immer noch schwer, einander unvoreingenommen zu begegnen.

Wohl deshalb empfinde ich meine Beziehung zu Deutschland manchmal wie eine Ehe, die gegen den Willen und den Rat der Eltern geschlossen wurde. Eine Verbindung, von der alle sagen: Das kann doch gar nicht gut gehen! Denn kulturelle Unterschiede sind durchaus nicht immer eine Bereicherung, die den eigenen Horizont erwei-

tert – sie können auch eine Mauer sein, hinter der man sich bereitwillig verschanzte, weil man sich dort sicher fühlt.

Neulich wurde ich von einem hochrangigen Politiker gefragt, ob ich „assimiliert“ wie ich sei, mit meiner Entwicklung und Einstellung zu diesem Land nicht eine „Ausnahme“ darstelle. Bloß: Was ist denn eigentlich eine Ausnahme? Ist ein deutscher Neonazi eine Ausnahme? Ist ein libanesisch-stämmiger Intensivtäter eine Ausnahme? Oder der kurdische Rechtsanwalt mit Kanzlei am Kurfürstendamm? Ist die syrische Prostituierte Leyla aus Duisburg-Marxloh eine Ausnahme oder Tanja, die sich neuerdings Nour nennt und einen Schleier trägt?

Um eine Frage wie die des Politikers an mich überhaupt zu verstehen, muss man die Ängste des Gegenübers sehen und seine Sicht auf Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die in der Regel selten von eigenen Erfahrungswerten geprägt ist, nachzuvoll-

FORTSETZUNG AUF SEITE 6

„Wir müssen den Stand der russisch-deutschen Beziehungen auf ein neues Niveau heben.“

Michail Gorbatschow
bei der Vorstellung des Buches in Moskau

Wilfried Scharnagl
Am Abgrund
Streitschrift für einen anderen
Umgang mit Russland

184 Seiten €19,90 ISBN 978-3-86886-029-0 www.keyser-verlag.com



DER HAUPTSTADTKOMMENTAR

Antworten eines Deutschen

Wie erklärt man Freunden draußen in der Welt, wie Deutschland in den letzten 25 Jahren wurde, was es ist – und wohin es strebt? | Von Ulrich Deppendorf

Ein Geständnis zu Beginn: Für mich ist der Tag der Deutschen Einheit der 9. November 1989. Erlebt habe ich diesen Tag als Reporter im Warschauer Marriott Hotel bei der legendären Pressekonferenz von Helmut Kohl nach Öffnung des Übergangs an der Bornholmer Straße. Helmut Kohl traf an diesem Abend eine im Hinblick auf das schwierige deutsch-polnische Verhältnis nicht einfache, aber richtige Entscheidung: Er flog am nächsten Morgen zurück nach Deutschland, nach Berlin. Dort wurde er ausgepiffen. Das müsste den Wirtsköpfen von damals noch heute peinlich sein.

Kurz vor dem 3. Oktober 1990 waren meine Frau und ich bei amerikanischen Freunden in den USA. Wir wurden Tag und Nacht zu

den Ereignissen befragt, wenig war zu hören von der Furcht vor einem kommenden starken Deutschland in Europa.

An diesem 3. Oktober 2015 bin ich wieder in den USA, wieder bei den Freunden. Über all die Jahre haben sie – und es sind keine Journalisten oder Politiker – Deutschland mit viel Wohlwollen und Respekt begleitet. Über all die Jahre wurden aber auch die Fragen nach der Verantwortung Deutschlands für Europa und seiner Rolle bei der Bewältigung der Krisenherde dieser Welt stetig drängender. Was sage ich also jetzt?

Die Einheit Deutschlands braucht noch etwas Zeit, werde ich ihnen sagen – noch eine, vielleicht zwei Generationen. Ist das ein Wunder? Nein! Wer etwas anderes erwartet hatte,

der konnte nur naiv oder böswillig sein. Dennoch: Das bislang Erreichte ist einmalig in der Geschichte Europas. Es benötigt aber weiter höchstes politisches Fingerspitzengefühl, um noch bestehende Ungleichheiten zu beenden, die Sorgen der Menschen in ganz Deutschland zu verstehen und aufzunehmen.

Ich sage meinen amerikanischen Freunden, dass Deutschland nun nach den USA das zweitgrößte Einwanderungsland der Welt ist. Hätten wir das jemals gedacht? Was für Chancen für dieses Land! Ich sage ihnen, dass Deutschland, dass Europa auch mit den Flüchtlingsströmen fertigwerden kann. Dazu müssen aber alle europäischen Regierungschefs endlich begreifen, was auf dem Spiel steht: die Glaubwürdigkeit und der Zusammenhalt der Europäischen Union.

Ich sage meinen Freunden, dass es richtig ist, dass Deutschland wieder mehr Verantwortung in der Welt übernimmt – so wie es Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier in der Ukraine-Krise und bei den Iran-Atomverhandlungen getan haben. Doch was sage ich, wenn die Freunde fragen, ob das



Ulrich Deppendorf ist Journalist und Fernsehmoderator im Ruhestand. Bis April 2015 war er Studioleniter und Chefredakteur Fernsehen im ARD-Hauptstadtstudio. Für den HAUPTSTADTBRIEF sucht er Antworten auf Fragen nach Deutschlands Rolle und Zukunft, die ihm jenseits des Atlantiks gestellt werden. FOTO: ARD

auch militärisches Eingreifen einschließt? Deutschland wird nicht mehr lange um eine Grundsatzentscheidung in dieser Frage herumkommen.

Ich sage meinen Freunden, dass Deutschland die Einheit gut vorgebracht hat, dass die EU aber vor ihrer größten Bewährungsprobe steht. Das Nationalstaatsdenken hat dramatisch zugenommen, die Staatschefs schaffen nur noch mit größter Mühe Kompromisse. Wir erleben ein Europaparlament, das um seine Bedeutung kämpfen muss, und eine Kommission, der die EU-Bürger mit größter Skepsis begegnen. Das darf so nicht weitergehen.

25 Jahre nach der Einheit ist Deutschland die stärkste wirtschaftliche und politische

Macht in der EU. Hätten wir das 1990 ahnen können? Nein! Und niemand hat am 3. Oktober 1990 gedacht, dass die Welt in Teilen Europas und im arabischen Raum so in Aufruhr geraten wird. Wir bejubelten vorschnell den arabischen Frühling und bekamen den IS-Terror. Wir haben gedacht, das deutsch-russische Märchen ginge nach Kohl und Gorbatschow weiter, dann machten die Europäer und Russland große Fehler. Ich werde meinen Freunden sagen, dass Deutschland, die EU und die USA nur gemeinsam mit Russland die Konflikte lösen können. Alle müssen sich aufeinander zubewegen. Das Zeitfenster dazu ist nicht sehr groß. Vielleicht reicht es nur bis zum Ende von Barack Obamas Amtszeit.

Ja, werde ich sagen, wir können mit Stolz auf den Weg zur deutschen Einheit und auf das dann Geleistete schauen. Und ich sage meinen Freunden auch, dass wir hier in Europa die Politik der USA weiter kritisch begleiten werden. Das stärkt das transatlantische Verhältnis – und mag sich als wichtiger erweisen, als wir im Moment ahnen. ♦

Auf ewig gestrig

Von der Marktwirtschaft waren auch im Westen viele 1990 schon nicht überzeugt | Von Rainer Bieling

Wenn es um Rückblick auf die deutsche Einheit geht, um Bilanz und Ausblick, sind biografische Notizen angebracht; denn sie tun etwas zur Sache. Im Jahr der deutschen Einheit, 1990, übernahm ich als Chefredakteur aus dem Westen ein Magazin im Osten. Das war damals gang und gäbe, um die DDR-Zeitschriften für den Wettbewerb in der nun gesamtdeutschen Marktwirtschaft fit zu machen.

Wir waren etwa ein Dutzend Westler, die nun jene Ostblätter führten, denen die neuen Eigentümer, alle möglichen und unmöglichen Verlage aus dem Westen, eine Markttauglichkeit attestiert hatten. Fünf Jahre später gab es die meisten dieser Wochenzeitungen und Monatsmagazine nicht mehr, nach zehn Jahren waren alle verschwunden, bis auf eines, „meines“. Das ursprünglich Ost-Berliner Verbrauchermagazin *Guter Rat* residiert 2015 am Potsdamer Platz, quasi symbolisch an der Nahtstelle zwischen Ost und West, und erfreut sich längst nicht nur in Dresden, sondern auch in Wanne-Eickel anhaltender Beliebtheit.

Wie ist das möglich? Es gibt Anhaltspunkte, die im Persönlichen liegen, und solche, die aus der Natur der Sache resultieren. Ich war, wenn ich recht erinnere, der einzige West-Berliner. Alle übrigen neuen Chefredakteure waren Westdeutsche, und zwar fast durchgängig solche, die nie etwas gegen den Sozialismus hatten, denn er war ja eine gute Idee, in der DDR vielleicht schlecht ausgeführt, und die deshalb nie für die Wiedervereinigung waren, würde sie doch nur zur Ausbreitung des Kapitalismus führen. Ganz schlecht.

Als West-Berliner hatte ich zwanzig Jahre zuvor, in den studententbewegten 68er-Jahren, ähnlich gedacht, aber das lag 1990 zwei Dekaden zurück, in denen jeder, der Augen und Ohren hatte und dazu den Verstand, seinen Sinnen zu trauen, lernen konnte, an der DDR nichts Gutes und am Sozialismus nichts Richtiges zu erkennen. Das hatte ich getan und war 1990 bestens gerüstet, Marktwirtschaft zu wagen.

Guter Rat war und ist die älteste noch existierende der nach dem Zweiten Weltkrieg neu gegründeten Zeitschriften, älter als der *Spiegel* und alle anderen Westmagazine. 1945 von der Sowjetischen Militäradministration in Leipzig lizenziert, feierten wir 1995 in Berlin den 50. Geburtstag der Zeitschrift und führten sie zwei Jahre darauf auch in Westdeutschland ein. Bevor er 1997 gesamtdeutsch wurde, hatte *Guter Rat* in den neuen Bundesländern etwa eine Viertelmillion Käufer und erreichte monatlich anderthalb Millionen Leser, etwa jeden Zehnten der damals noch

15 Millionen Bürger auf dem einstigen Hoheitsgebiet der DDR.

Die Treue der Leser war indes keine Nibelungentreue aus Gründen der Ostalgie, sie musste in diesen einheitsbewegten 90er-Jahren Monat für Monat erneuert werden, andernfalls drohte Teilhabe am Ost-Zeitungssterben. Das Rezept für ein gedeihliches Zeitungslieben lag in redaktionellen Inhalten, die den Lesern des Verbrauchermagazins die ihnen unbekannte Marktwirtschaft erschlossen und sie befähigten zu verstehen, wie sie funktioniert. Legendar ist ein Beitrag von 1991, der beschrieb, wie ein ec-Scheck vorn und hinten korrekt zu beschriften sei.

Für solche Themen war man sich anderswo zu fein. Weil sie kein Verständnis von Nachfrage hatten, konnten die anderen Ostblätter in Westregie kein Angebot machen – und verschwanden vom Markt. Ein üblicher Vorgang in der Marktwirtschaft, in der nur Bestand hat, wer im Wettbewerb um die Gunst des Käufers den Vorzug erhält. In den Augen etlicher Westredakteure war natürlich der „doofe Ossi“ schuld, der nicht verstehen wollte, dass sein Wunschkapitalismus von Übel und seine D-Mark-Liebe affig waren.

Längst sind all die „Besserwissis“ und ihre Entourage wieder im Westen und tun dort das, was sie vor ihrem Scheitern im Osten schon getan haben. Sie bejubeln, was die freie Marktwirtschaft schwächt und den Einfluss des Fürsorgestaates stärkt – ihres Staates, dem sie Macht und Einfluss verdanken und oft auch ihr Einkommen.



Dr. Rainer Bieling ist Redaktionsdirektor des Informations- und Hintergrunddienstes DER HAUPTSTADTBRIEF. Im Jahr der deutschen Einheit, 1990, wurde er, der West-Berliner, Chefredakteur des Ost-Berliner Verbrauchermagazins *Guter Rat*. Für den HAUPTSTADTBRIEF geht er der Frage nach, warum „sein“ Blatt im 25. Jahr der deutschen Einheit, 2015, noch existiert und alle anderen großen DDR-Magazine nicht mehr – und ob das etwas zu bedeuten hat. FOTO: NIKHADO NINDO PUSJA

Sie bejubeln die Energiewende als grünes Wunder, die Rettung Griechenlands als europäische Solidarität, die grenzenlose Einwanderung von Muslimen als Willkommenskultur, obwohl nichts davon den Volkswohlstand mehrt. 25 Jahre nach dem Ende der DDR untergraben jene ewig Gestrigen, die schon immer gegen den Kapitalismus waren, die Wirtschaftskraft Deutschlands, wo sie nur können. Mehr Sozialismus war nie seit 1990, nur dass er jetzt weißgewaschen und frisch etikettiert ist. Willkommen in der schönen neuen Welt der Willkommenskultur. ♦



11. Januar 1991, Tag der Wiedervereinigung Berlins: Das bereits im Dezember im ganzen Stadtgebiet frei gewählte Abgeordnetenhaus hält seine konstituierende Sitzung in der Nikolaikirche ab und dehnt an dem Tag die Berliner Verfassung von 1950 sogleich auf Gesamtberlin aus. FOTO: DPA/FAZ/BERND SETNIK

In Berlin geht immer was!

Vielleicht läuft nicht alles perfekt in Berlin, aber die gute Nachricht ist: Hier warten Aufgaben für alle, die sich am neuen Berlin beteiligen wollen | Von Knut Herbst

Drei besondere Daten prägen in meinem Bewusstsein heute die Zeit der demokratischen Neugestaltung Anfang der 1990er-Jahre: der 9. November 1989 mit dem Fall der Mauer, der 3. Oktober 1990 als Tag der Herstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit – und der 11. Januar 1991, der Tag der Wiedervereinigung Berlins, als die konstituierende Sitzung des im Dezember 1990 erstmals in der ganzen Stadt frei gewählten Abgeordnetenhauses die Berliner Verfassung von 1950 auf Gesamtberlin ausdehnte.

Vor 25 Jahren hätten wir nicht für möglich gehalten, was wir heute erleben. Da fingen wir gerade an, ein demokratisches Berlin im Osten neu zu erfinden und aus eigener Kraft zu gestalten. Wer denkt noch an die Demonstrationen gegen den Wahlbruch der SED im Mai 1989? An den Oktober 1989 mit den Demonstrationen, den Verhaftungen, der Gethsemanekirche, den Gedächtnisprotokollen und Lesungen dazu? Wer erinnert sich noch daran: die Bauarbeiterdemos zur Unterstützung des Runden Tisches Berlin, die wirksame Androhung von Generalstreik durch den Runden Tisch, wenn die Stasi auflösung nicht weiter vorangehe, die Montagsdemos auf dem Alex? Wie war das noch, als es plötzlich einen richtigen Wahlkampf vor den Wahlen am 6. Mai 1990 gab – was für Plakate mit welchen Aussagen wurden damals geklebt?

Wenn wir heute zurückschauen, dann manchmal auch wehmütig ange-

sichts des hohen politischen Engagements schon am Runden Tisch und der unglaublichen Wahlbeteiligung im Mai von über 70 Prozent. Und ein wenig belustigt angesichts der Slogans von damals, die aber doch die Herzen der Menschen erreichten. Von heute aus gesehen, war das damals wie in einem gewaltigen Startup: flache Hierarchie, schnelle Entscheidung, konsequente Umsetzung mit Herzblut und Begeisterung – und wenn Fehler gemacht wurden, egal, Korrektur! Auch darum ist Berlin heute eine so tolle Stadt – weit mehr sogar, als wir damals nur zu wünschen wagten. Berlin konnte dies nur werden, weil viele Menschen neu in unsere Stadt kamen und weil dafür gleich anfangs die Weichen gestellt wurden.

„In Berlin haben wir, wie nirgends sonst, erfahren, was die Teilung bedeutet. In Berlin erkennen wir, wie nirgends sonst, was die Vereinigung von uns erfordert. Hier ist der Platz für die politisch verantwortliche Führung Deutschlands“, so Richard von Weizsäcker 1990, erster Ehrenbürger im neuen Berlin. Was war das für ein Kampf vieler engagierter Bürger gegen die alten Pfründe und die Mehrheit der großen Parteien! Ich denke an die tollen Menschen in unserem Verein „Initiative Hauptstadt Berlin e.V.“, die uns mit Geld und Taten unterstützten. Berlin wurde Hauptstadt mit Regierung und Parlament, aber mit Verzögerung im Hauptstadtgesetz, das heute dringend der Überarbeitung bedarf: Alle Ministerien nach Berlin!

Wir können Berlin heute als eine Stadt begreifen, in der jeder wirklich alles werden kann. Es begann, als die ersten sich in der Bürgerrechtsbewegung engagierten. Das Neue Forum brachte viele Menschen zusammen, die plötzlich ihre eigene Kraft und demokratische Macht erkannten und wagten, diese auch zu zeigen, anzuwenden und ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Ich habe das erlebt in



Dipl.-Oec. Knut Herbst ist Unternehmensberater. Der studierte Volkswirt war zu DDR-Zeiten Sektorenleiter in der Staatsbank der DDR, 1989 Vertreter der SPD am Runden Tisch Ost-Berlin, 1992 bis 1995 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin und, bevor er sich selbstständig machte, 1991 bis 1993 Leiter der Berlin-Abteilung in der Treuhandanstalt. Für den HAUPTSTADTBRIEF beschreibt der Insider, wie in den frühen 90ern die Weichen für das Berlin von heute gestellt wurden. FOTO: PRIVAT

ungezählten Versammlungen politisch interessierter, sehr neugieriger Menschen, die sich trauten und wirksame Strukturen suchten. Das ging ernsthaft nur in demokratischen Parteien.

Im Osten fanden wir unsere Stärke auch darin, dass wir uns den gleichen Landes-Status wie West-Berlin mit einer eigenen Verfassung gaben. Ost-Berlin war das erste neue Bundesland noch in der DDR! Ich bin froh und stolz, dass ich manchmal auch Vater dieser Berliner Verfassung genannt werde. Nun konnten wir auf Augenhöhe die Vereinigung Berlins vorantreiben. In Berlin war das

ein eigener Weg, parlamentarisch mit den beiden Einheitsausschüssen Ost und West. Die Erfahrung lehrt: Es geht mehr, als wir gewöhnlich annehmen – und schneller, als wir denken. Und die Berliner gingen mit, in Ost- wie auch in West-Berlin.

Wir wollten die Neugestaltung Berlins. Berlin-Besucher aus aller Welt sind heute begeistert von dem, was wir erst planten oder gerade begannen. Kraftvolle Politik und engagiertes Handeln machten es möglich: Potsdamer Platz und Leipziger Platz, die neue City Ost, die Wissenschaftszentren Adlershof und Buch ... Dass Berlin heute wächst und gedeiht und bald vier Millionen Einwohner haben wird, hat seine Wurzeln in den Umbruchzeiten der 1990er-Jahre.

Und jetzt ist wieder so eine Zeit, die Herausforderungen anzunehmen, politisch aktiv und couragiert zu handeln und damit die Grundlagen für die nächsten zwanzig Jahre zu legen. Die Künstler, Medienmacher und Rocket Internet, Zalando, Delivery Hero, Thermo und ihresgleichen kommen deshalb her und schaffen Tausende von Arbeitsplätzen – aber auch eine völlig neue Kultur in der Stadt. Wieso sollen die sich nicht auch in die Politik einmischen? Sie werden das tun, vielleicht ganz anders, als wir es gewohnt sind. Denn wenn auch heute wie damals nicht alles perfekt läuft in Berlin, so lautet die gute Nachricht: Hier warten jede Menge Aufgaben für die, die sich am Gestaltungsprozess beteiligen wollen. Denn eins ist klar: In Berlin geht immer was, oder?! ♦

Vom Ausbruch aus dem erwarteten Leben

Wie gut es sich immer noch anfühlt, in die Welt hinaus zu reisen – wenn man einst ein Mauerkind der DDR war | Von Ines Geipel

Immer wenn das Taxi vor die große Anzeigetafel am Flughafen Berlin Tegel rollt, ist es da, dieses besondere Gefühl. Sydney, Rom, New York lese ich und denke dabei dieselben drei Sätze: Das, was jetzt kommt, war für dein Leben nicht vorgesehen. Athen, Istanbul, Paris solltest du nicht sehen. Aber jetzt wirst du einsteigen und kannst in jeden Winkel der Welt fliegen. Dieser Moment vor der Anzeigetafel am Flughafen ist es, der mich heute am stärksten an das Gestrern erinnert. Denn die DDR war ein kleines, zugeschlossenes Land mit Mauern ringsherum, ein Land mit viel Nein, ein Land, wo man nicht einfach so losfliegen, losgehen, losfahren konnte – ein Land, für das es keine Übersetzung ins Jetzt mehr gibt.

Lange Zeit war ich mir unsicher, ob andere Mauerkinder mein auf Dauer gestelltes Gefühl vor der Anzeigetafel auch haben. Ein Gefühl, das immerhin schon ein Vierteljahrhundert überdauert hat und dabei nicht altert, sich nicht abträgt – ganz im Gegenteil: das höchstens jedes Jahr stärker, intensiver wird. Ich dachte: Vielleicht müssen ja heute viele beruflich um die Welt jetten und können sich die ständigen Wolken im Bauch gar nicht leisten. Vielleicht ist für die meisten die erreichbare Welt aber auch mit den Jahren so selbstverständlich geworden, dass es irgendwann mal genug war mit dem glucksenden Gefühl. Vielleicht ist es auch völlig unangemessen, die anderen heute immer noch mit diesem selbstamen Glück zu nerven ...

Wir wollten nicht mehr dazugehören zum Kollektiv, nicht verschimmeln in diesem Land DDR. Denn das sollten wir.

Aber wieso eigentlich? Warum nicht genau jetzt vom Wunder, vom Glück der Geschichte reden? Warum nicht daran erinnern, dass der Westen Deutschlands 1989 in der Lage war, eine halbe Million Ostdeutsche mühelos aufzunehmen? Warum nicht noch einmal daran erinnern, was es für uns als Generation Mauer – als der Generation, die in den 1970er-Jahren im Schatten der Mauer groß geworden ist – bedeutete, endlich realer Teil der



Wenn das Tor zur Welt immer offensteht: Fliegen zu können, wohin man will – das erfüllt auch ein Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall noch viele von jenen mit einem Glücksgefühl, für die der Sozialismus Marke DDR lebenslanges Eingeschlossensein vorgesehen hatte.

Welt zu werden, einfach ganz normal dazugehören zu dürfen?

Dabei sehe ich uns noch, wie wir Ende der 1960er-Jahre auf den Fahnenappellen der „Schulen des Sozialismus“ standen, um von den Generationen vor uns unseren politischen Auftrag in die Hand zu bekommen: Wir waren die Fackelträger, die „Kämpfer fürs Glück“, wie es hieß, und dazu auserkoren, den Kommunismus Wirklichkeit werden zu lassen. Ein Auftrag, bei dem wir schon früh von der Fahne gingen. Denn mit uns Helden, eingenaht ins strahlende Kollektivglück des Ostens, war nicht viel anzufangen. Wir glaubten einfach nicht – nicht an die Siegerstraßen des Systems und nicht an die Eltern und Großeltern, die sich den Heilsgesängen verschrieben hatten. Ein Autoritätenbruch, eine Desillusionierung der besonderen Art.

Denn zur Generation Mauer gehören ja auch die, die in der Agonie der 1980er-Jahre in ihren kunterbunten, schrillen Outfits provokant und laut das Ende der DDR herbeifühlten. 1981 sang die Berliner Band Planlos: „Überall wohin's dich führt/wird dein Ausweis kontrolliert/und sagst du einen falschen Ton/was dann geschieht, du weißt es schon.“

Eine Generation, die sich die ganze Ödnis, Schizophrenie und Doppelbödigkeit der letzten DDR-Jahre aus dem Leib schrie, sang, stotterte, hampelte. Heftig waren sie, die Kinder der Teilung, krass, nüchtern, hart. „Wir sind



Ines Geipel ist Schriftstellerin und lehrt an der Hochschule für Schauspielkunst Ernst Busch in Berlin. In den 1980er-Jahren selbst Mitglied der DDR-Leichtathletik-Nationalmannschaft, hat sie in mehreren Publikationen über das DDR-Doping-System aufgeklärt. Zuletzt erschien ihr Buch *Generation Mauer. Ein Porträt* bei Klett-Cotta. Im HAUPTSTADTBRIEF schildert sie, wie nachdrücklich der Ausbruch aus der DDR gerade ihre Generation geprägt hat.

die junge Generation/doch was haben wir vom Leben schon/ wir warten auf den Untergang/wir warten auf den Untergang/wir warten auf den Untergang“, grölte Shanghai, der Sänger der Magdeburger Punkband Vitamin A.

Mit uns Glückshelden war kein Staat mehr zu machen. Wir waren Wartende, die sich mehr und mehr verkapselten: jung, aber ohne Perspektive. Denn nichts ging mehr. Wir wollten nicht mehr dazugehören zum

Kollektiv, nicht verschimmeln in diesem Land. Denn das sollten wir. Und so wurden wir die einzige Generation des Ostens, die im Herbst 1989 in der Mehrheit klar machte: Die DDR lässt sich nicht mehr reformieren. Wir wollten nicht mehr nur reden, nichts mehr verlängern – wir wollten, dass endlich Schluss ist mit diesem erwarteten Leben. Insofern lag es auf der Hand, dass es vor allem unsere Generation war, die im Sommer 1989 losging, um über Ungarn und Tschechien die DDR hinter sich zu lassen. 60 Prozent derer, die seit 1984 die DDR verließen, waren Kinder der Teilung.

Das waren nicht einfach nur Zwanzigjährige, die ihrem Land den Rücken kehrten – das waren junge Leute, die der Utopie, in die sie hineingeboren worden waren, zu entkommen suchten. Das Land zerschellte und damit auch unser ungeliebter Glücksauftrag. Und dann? Dann waren wir 20, 25, 29 Jahre alt. Wir waren jung und mit dem Herbst 1989 zugleich schon Geschichte – ein Erfahrungsplus, wie sich herausstellte. Die Generation Mauer war ab da nicht nur eine Erfahrungsgeneration, sondern auch die letzte, die noch eine echte, reflektierte und emotionale

Verbindung zum politisch extremen 20. Jahrhundert hat. Ein Pfand, aber auch eine innere Zeichnung, die sich nicht immer nur als Vorsprung oder Gewinn erweisen sollte.

Manche politische und private Hypothek wog nach 1989 besonders schwer. Denn die Mauerkinder hatten zwar keinen realen Krieg mehr

Mag sein, unsere Generation Mauer hat nicht die historische Aura der 1968er – aber sie wirkt heute klar als politischer Stabilisator.

erlebt, waren aber eine Generation der inneren Kriege, in die die Erfahrungen der Großeltern und Eltern durch zwei deutsche Diktaturen hindurch als unerlöstes Geschichtsmassiv geschoben wurden. Wirken die Mauerkinder deshalb oft so still, so wenig aufmüßig, so wenig sichtbar? Wirkt ein Teil von ihnen deshalb so überangepasst im Westen? Bleiben die DDR-Prägungen bestimmend? Lassen sich Diktaturerfahrungen nicht einfach so überlaufen,

lässt sich Freiheit doch nicht so ohne weiteres lernen?

Unser neuer Auftrag ließ mit 1989 nicht lange auf sich warten. Im Grunde ergab er sich zwangsläufig. Die Mauerkinder wurden zur Aufklärungsgeneration, zu Realitätssicherern, zu einer Generation der Rekonstruierer, Rechercheure und Entschweiger – nun mit dem Auftrag, Erfahrungen zu benennen, sie scharf zu machen, eine Sprache für die gelebte Geschichte und das viele Unrecht zu finden. Unpräzise und realistisch, und auch als Korrektiv zu den Generationen vor ihnen und nach ihnen.

Mag sein, unsere Generation hat nicht die historische Aura der 1968er, aber sie wirkt – weil sie wie die Babyboomer im Westen die stärksten Geburtsjahrgänge hat – heute klar als politischer Stabilisator. Das auch mit dem Wissen, dass uns die Geschichte eine Auseinandersetzung abgenommen hat, die Gleichaltrige heute in der Ukraine, in Syrien, im Irak, in Russland leben, auskämpfen, ertragen müssen und nicht selten mit dem eigenen Leben bezahlen. Denn wer hätte im Moment der deutschen Einheit im Herbst 1990 gedacht, dass uns Konflikte und Kriege in Diktaturen, die wir für überwunden glaubten, 25 Jahre später auf so brutale Weise wieder einholen würden?

Und was ist aus uns Helden von damals und dem, was wir uns für unsere Leben erhofft haben, geworden? Die Mauerkinder, mittlerweile in ihren 50ern und 60ern, stehen auf den Flughäfen der Welt und sagen sich, dass sie Davongekommene sind, von der Geschichte Privilegierte. Sie sind Glückliche, die wissen, dass sie einmal für ein ganz anderes Leben vorgesehen waren. Sie stehen da, vor dem Check-in, voller Erwartung – einer Erwartung, der die Zeit nichts anhaben kann: dass noch einmal ein Moment kommt, in dem die Karten noch einmal völlig neu gemischt werden, in dem noch einmal alles auf Anfang steht und ein drittes Leben auf dich wartet.

Das letzte Buch unserer Autorin Ines Geipel *Generation Mauer. Ein Porträt* geht im Dialog zwischen persönlicher Biographie und aktueller Forschung der Frage nach, wie die in den 1960er-Jahren in der DDR geborenen Mauerkinder durch den Zusammenbruch der DDR und die sich dadurch radikal erweiternden Möglichkeiten der Lebensgestaltung geprägt wurden. Verlag Klett-Cotta, Stuttgart 2014. 275 Seiten, 19,95 Euro, als E-Book 15,99 Euro. www.klett-cotta.de

Deutsche Bank
db.com/de



Wir feiern mit ganz Deutschland 25 Jahre Wiedervereinigung.

Leistung aus Leidenschaft

25 Jahre
Deutsche Einheit
Hessen
2.-4. Oktober 2015

Partner des Bürgerfests in Frankfurt zum Tag der Deutschen Einheit 2015



Erleben Sie mit 15 Persönlichkeiten emotionale Momente der Wiedervereinigung.

Mit Glasnost kommen wir noch heute weiter

Als Politik der Offenheit hat Glasnost 1989 wahre Wunder bewirkt. Daran lässt sich 2015 anknüpfen | Von Michail Gorbatschow

Was uns heute am meisten bewegt, sind die Beziehungen zwischen Russland und Deutschland. Wenn wir heute über die Beziehungen zwischen den Staaten und zwischen unseren Völkern sprechen, dann entsteht ein sehr, sehr buntes Bild. Es gab schon alles in den Beziehungen zwischen unseren Völkern. Die Hälfte des Blutes in den Venen unserer Zarenfamilie war deutsches Blut. Deshalb sollte man über die große Nähe unserer Völker sprechen – im sozialen Bereich, im kulturellen Bereich, im historischen Bereich.

Wir kommen allerdings nicht umhin, auch zu erwähnen, dass unsere beiden Völker durch den Faschismus in einen Krieg hineingerissen wurden, der uns an den Abgrund getrieben hat, sowohl Russen als auch die Deutschen. Und im Endergebnis haben unsere beiden Völker das größte Leid durch den Faschismus getragen.

Das Erstaunlichste ist, dass wir nach so einem schrecklichen Krieg mit großen Verlusten wieder zu Zusammenarbeit und Partnerschaft zurückkehren konnten. Das spricht für unsere Völker, das charakterisiert unsere Völker. Sie sind fähig zu großen Taten, sie sind bereit, große Verantwortung zu übernehmen. Dass wir zu unseren partnerschaftlichen Beziehungen zurückgefunden haben, ist das Wichtigste. Diese Fähigkeit dürfen wir nicht zerstören.

Dieser Prozess war alles andere als einfach nach der Beendigung des Kalten Krieges, nach der Wiedervereinigung Deutschlands. Der Kalte Krieg war ein Dorn im Körper unserer Völker. Man musste etwas dagegen tun. Wenige haben geglaubt, dass überhaupt etwas möglich wäre. Es ist sehr gut, dass sich Menschen fanden, die sich selbst ans Steuer setzten und das Flugzeug über die Alpen, über die Berge auf völlig unbekanntem Routen flogen. Am Steuer saß dabei ein Mensch, Franz Josef Strauß, der in der damaligen Sowjetunion als ein Teufel mit Hörnern dargestellt wurde. Er galt als der schlimmste und schrecklichste Gegner der Sowjetunion.

Man sollte über die große Nähe unserer Völker sprechen – im sozialen, im kulturellen, im historischen Bereich.

Dieser Mensch kam nach Moskau. Wenn wir Menschen einschätzen und charakterisieren wollen, dann müssen wir sie an ihren Taten messen. Der Mensch, der damals etwas unternahm, meinte, dass Russland und Deutschland wieder zu Zusammenarbeit und Partnerschaft zurückkehren sollten. Das beeindruckte mich damals tief. Später konnten wir sehen, dass diese Tat sehr, sehr sinnvoll war. Wenn wir



solche Menschen haben, dann können wir die wichtigsten Probleme angehen und Antworten auf die kompliziertesten Fragen finden.

Generationen haben viel Blut verloren und viel Zerstörung erlebt. Wir sollten das nicht gegeneinander aufrechnen, beide Völker waren gleichermaßen betroffen. Wichtig ist: Diese Völker kamen sich wieder entgegen. Aber heute will irgendjemand wieder alles zurückdrehen, eigennützige Interessen umsetzen. Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere partnerschaftlichen Beziehungen von außen verletzt werden! Es ist keine Zeit mehr zu zählen, wer heute mehr Fehler gemacht hat. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren. Die Spaltung darf nicht größer werden. Die Trennwand zwischen unseren Völkern, zwischen unseren Kulturen darf nicht dicker werden.

Wir haben einen Krieg überlebt. Wir haben den Kalten Krieg überlebt. Wir haben vieles durchgemacht. Aber wir haben doch ein hohes Niveau der Zusammenarbeit erreicht, nicht nur zwischen unseren Völkern, sondern auch für das Wohl Europas und der ganzen Welt. Einer der deutschen Präsidenten hat gesagt: Wenn Russland und Deutschland gut zusammenarbeiten, dann wird in Europa alles gut sein. Wir haben alles getan, damit das erreicht wird. Warum sind heute zwei

gebildete Völker mit riesiger Erfahrung wieder dabei, ihre Beziehungen zu klären?

Ich bin mit Egon Bahr einer Meinung: Die Entwicklung in der Ukraine und in Europa ist sehr gefährlich. Deshalb muss man die Hauptrichtung der Politik verändern. Man muss das so machen, wie wir das in den 1980er-Jahren gemacht haben. Es schien



Michail Gorbatschow war von März 1985 bis August 1991 der letzte Generalsekretär der KPdSU und von März 1990 bis Dezember 1991 der letzte Staatspräsident der Sowjetunion.

Durch seine Politik von Glasnost und Perestroika leitete er ein Ende des Kalten Krieges ein. Der Friedensnobelpreisträger von 1990 ist einer der Väter der deutschen Wiedervereinigung. Im HAUPTSTADTBRIEF plädiert er dafür, den Spirit von 1989 zu beleben und zur Lösung heutiger Probleme zu nutzen.

damals, als wäre das Wettrüsten nicht aufzuhalten. Und die wichtigste Verteidigungswaffe auf jeder Seite schien die Atomwaffen zu sein. Dass es damals gelungen ist, nicht nur das Wettrüsten zu stoppen, sondern zwei Arten der Nuklearwaffen überhaupt abzuschaffen, war eine riesige Erfahrung.

Nachdem ich Ronald Reagan zu unserem ersten Gespräch in Genf

getroffen hatte, fragte mich jemand von unserer Seite: Was ist das Ergebnis? Ich antwortete: Es gibt kein Ergebnis. Ich sagte: Schuld an allem sind die Amerikaner. Und Reagan sagte, dass wir schuld an allem sind. Man fragte ihn: Was denken Sie über Gorbatschow? Er antwortete: Wissen Sie, das ist so ein engstirniger Bolschewik.

Zu jener Zeit jagte der Begriff Bolschewik den Bürgern in Amerika noch Angst ein. Und unseren Bürgern wurde auch Angst eingejagt. Und dennoch: Wer wusste, was die Atomwaffen darstellten, der verstand, dass man sie abbauen musste. Deshalb erklärten wir damals als Erste, dass ein nuklearer Krieg nicht zulässig sei, weil es da keinen Sieger geben kann. Damit war ein Punkt gesetzt, denn wenn ein solcher Krieg nicht zulässig ist, dann musste man die Atomwaffen abbauen.

Aber nach dem Ende des Kalten Krieges veränderte sich die Situation. Wir haben es wiederum mit Militarismus zu tun. In allen Militärdoktrinen steht wieder der Satz, dass Regierungen zur Verteidigung zu Nuklearwaffen greifen dürfen. Dabei waren wir so weit gekommen: Wir haben riesige Mengen von Waffen vernichtet, auch Atomwaffen. Warum kann man diesen Prozess nicht fortsetzen? Warum kann man nicht aus der heutigen Situation einen Ausweg finden?

Glasnost und Perestroika waren nicht nur im Osten Deutschlands Zauberworte. Auch im Westen konnten KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow und seine Frau Raissa (rechts neben ihrem Gatten, dahinter Außenminister Schewardnadse, auch er ein Hoffnungsträger) die Deutschen bezaubern. Hier das Ehepaar im Juni 1989 in der damaligen Bundeshauptstadt Bonn auf dem Marktplatz beim Bad in der Menge.

FOTO: PICTURE-ALLIANCE/DPA/FRANK KLEEFELDT

Noch herrscht Misstrauen. Die jüngsten Erklärungen auch von deutschen Politikern und dem Präsidenten der USA zeugen jedoch von gewissen positiven Veränderungen. Wir müssen zu Vertrauen zurückfinden, zu Kontrolle und verantwortlichem Handeln – und zwar einschließlich aller Instru-

menten der Organisation der Vereinten Nationen. Man zählt die UNO nicht mehr zu den ernsthaften Organisationen, aber man muss dieses Instrument zurückgewinnen.

Unsere Völker sind fähig zu großen Taten, sie sind bereit, große Verantwortung zu übernehmen.

menten der Organisation der Vereinten Nationen. Man zählt die UNO nicht mehr zu den ernsthaften Organisationen, aber man muss dieses Instrument zurückgewinnen.

Ich lese viel, ich weiß, dass in Deutschland eine große Diskussion stattfindet. Aber es wird immer mehr und von vielen provoziert. Man versucht, Russland zu undurchdachten Handlungen zu verführen. Wenn aber

in Regierungen oder unter Wissenschaftlern die Köpfe heiß laufen und es Versuche gibt, mehr Druck auf Russland auszuüben oder sogar mit Gewalt zu drohen, widerspreche ich immer. Wir sehen, es gibt positive Veränderungen bei Obama, es gibt positive Veränderungen in Europa. Die Sechsergruppe, die sich mit dem Iran-Problem beschäftigt, hat doch etwas erreicht. Sie hat keine endgültige Lösung gefunden, aber sie hat doch eine Vereinbarung getroffen, die ersten Schritte gemacht. Deshalb rufe ich alle unsere Führungspersonen und alle handelnden Personen dazu auf, Weisheit und Verantwortung zu zeigen und anzustreben, Vertrauen und Dialog auf die Tagesordnung zu setzen. Denn Bauen ist viel komplizierter als Zerstören. Es ist einfach, auf einem Irrweg irgendwelche Lösungen mit Waffen herbeizuführen. Um das zu verhindern, sollte vonseiten der Russen und auch der Deutschen bald gesagt werden: Wir müssen den Stand unserer Beziehungen auf ein neues Niveau heben. ♦

Ermöglicher der deutschen Einheit

Die Politik der Entspannung zwischen Ost und West ist Michail Gorbatschows Lebenswerk. Erst durch seine Politik von Glasnost (Offenheit) und Perestroika (Umbau) während seiner Amtszeit von März 1985 bis August 1991 als letzter Generalsekretär der KPdSU (von März 1990 bis Dezember 1991 war er letzter Staatspräsident der Sowjetunion) wurde der Kalte Krieg Geschichte.

Michail Gorbatschow ist einer der Väter der deutschen Einheit. Am 7. Oktober 1989 mahnte er bei den Feierlichkeiten zum 40. Staatsjubiläum der DDR in Ost-Berlin Reformen an und sagte den berühmt gewordenen Satz: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Einen Monat später fiel die Mauer. Im Juli 1990 handelten Michail Gorbatschow und Helmut Kohl mit ihren Delegationen im Kaukasus die Modalitäten der Wiedervereinigung aus.

Im Dezember 1991 unterlag Gorbatschow im Machtkampf mit dem damaligen Präsidenten der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik (SFSR) Boris Jelzin und

trat als Präsident der Sowjetunion zurück, die sich am 26. Dezember 1991 durch Beschluss des Obersten Sowjets auflöste. Seitdem ist er weiter politisch tätig – so kandidierte er 1996 erfolglos bei den russischen Präsidentschaftswahlen und gründete 2008 die „Unabhängige Demokratische Partei Russlands“. Er ist Autor mehrerer Bücher und Gründer der Gorbatschow-Stiftung sowie des Internationalen Grünen Kreuzes.

Im Mittelpunkt Gorbatschow: Entspannter Moment auf dem Weg zur deutschen Einheit. Im Bild (von links nach rechts, sitzend): Hans-Dietrich Genscher, Michail Gorbatschow und Helmut Kohl, Eduard Schewardnadse (stehend neben Kohl) und die Regierungsdelegationen, gruppiert um Raissa Gorbatschowa (Mitte). Aufgenommen am 16. Juli 1990 nahe dem kleinen Ort Archys bei Stawropol im Kaukasus, in dem die Wiedervereinigung ausgehandelt wurde.

FOTO: PICTURE-ALLIANCE/DPA



Von der Kraft der deutschen Sprache

Deutschland Ost und West waren auch in den Jahrzehnten der Teilung ein Sprachraum, gegenläufigen Bemühungen der DDR zum Trotz | Von Klaus-Dieter Lehmann

Am 3. Oktober 2015 feiern wir 25 Jahre Wiedervereinigung. Nach Jahrzehnten der Teilung haben die Deutschen damals wieder in Freiheit und Einheit zusammengefunden – bei den Montagsdemonstrationen skandierten man „Wir sind das Volk“ und „Wir sind ein Volk“.

Auch wenn zu Recht die politischen und ökonomischen Aspekte der Wiedervereinigung im Vordergrund der öffentlichen Debatte standen und stehen – dieser Prozess mit seiner klaren Willensbildung war nur denkbar auf der Grundlage eines gemeinsamen Verständnisses. Und dieses Verständnis war gegeben durch Sprache und Kultur. Auch mehr als 40 Jahre Trennung mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen, mit unterschiedlichen Wertvorstellungen und mit unterschiedlicher Einbindung in eine politisch bipolare Weltordnung hatten es offensichtlich nicht vermocht, diese gemeinsame Grundlage zu erschüttern oder gar zu zerstören.

Sprache und Kultur waren für Deutschland bereits Kern der Gemeinsamkeit, bevor es im 19. Jahrhundert politisch zur Nation wurde. Sprache und Kultur vermochten, wozu die in ungezählte politische Territorien zersplitterte Politik nicht willens oder nicht in der Lage war. Das hat Deutschland nachhaltig geprägt. Der Bezugsrahmen im kulturellen Bereich ist immer die deutsche Sprache, ist die gemeinsame Sprach- und Kulturregion mit ihrem kulturellen Reichtum geblieben. Die Bindekräfte dieses Bezugsrahmens waren stark – es bedurfte nicht des politischen Willens eines zentralistischen Staates, um Nation zu sein.

Der Demonstrationruf im Vorfeld der Wiedervereinigung „Wir sind ein Volk“ macht deutlich, dass man sich der gemeinsamen Geschichte, Sprache und Kultur bewusst war, dass diese

In der DDR wurde die Sprache selbst durch staatlich propagierte Wortschöpfungen bewusst verändert.

Bindung auch über die Jahrzehnte Bestand hatte. Die anhaltende Einheit Deutschlands, repräsentiert durch seine Dichter, fand der politischen Trennung zum Trotz mit großer Symbolkraft Ausdruck durch die Auftritte des Nobelpreisträgers Thomas Mann im Goethe-Jahr 1949 in Frankfurt am Main und in Weimar sowie im Schiller-Jahr 1955 in Weimar.

Der Kultur-Artikel 35 des Einigungsvertrages vom 31. August 1990 beginnt



Die verbindende Kraft der gemeinsamen Sprache hielt der politischen Teilung Deutschlands stand – und trug nicht zuletzt dazu bei, dass diese vor 25 Jahren ihr Ende fand. Ein Akt von hohem Symbolwert zu einem Zeitpunkt, als die Trennung in zwei Staaten bereits feststand, war die Präsenz des aus dem Exil heimgekehrten Nobelpreisträgers Thomas Mann im Goethe-Jahr 1949 sowohl in Frankfurt am Main wie auch in Weimar (im Bild dort am 1. August 1949 vor dem Schiller-Goethe-Denkmal im Vordergrund als Zweiter von rechts neben Johannes R. Becher)

mit dem Satz: „In den Jahren der Teilung waren Kunst und Kultur – trotz unterschiedlicher Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland – eine Grundlage der fortbestehenden Einheit der deutschen Nation.“ Man kann hier zu Recht ergänzen: und die Sprache – denn sie ist nicht nur Werkzeug, sie ist Kulturträger.

Wie war es um die Rahmenbedingungen für Sprache und Kultur in der Bundesrepublik und der DDR in den Jahren der Teilung beschaffen? In den Besatzungszonen der Westalliierten wurde konsequent auf der Grundlage eines Rechtsstaates ein Demokratisierungsprozess begonnen. Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 waren die föderale Struktur des Landes und die Kulturhoheit der Länder fester Bestandteil der Verfassung. Die Politik setzte die Rahmenbedin-

Aufgabe der Kultur in der DDR war die Förderung des Sozialismus. Artikel 18 der Verfassung der DDR erwähnt die Kultur nur als „sozialistische Kultur“. Diese Politik wurde unterstützt durch eine zentralistische territoriale Neugliederung des Landes mit nachgeordneten Bezirken. Auch die Sprachwissenschaft wurde auf den Sozialismus ausgerichtet. Schutz und Förderung erhielten nur die Aktivitäten, die dem Sozialismus dienen.

Die Sprache selbst wurde durch staatlich propagierte Wortschöpfungen bewusst verändert, um die sozialistische Ideologie zu unterstützen oder sich von der Bundesrepublik durch ein entsprechendes Vokabular abzugrenzen. Der Sprachgebrauch selbst wurde reglementiert. Es gab sprachliche Erlasse, teilweise zusätzlich Tabulisten, um die politische Stimmigkeit zu kontrollieren. Die Presse war neben der direkten Vermittlung durch die Parteifunktionäre ein wesentlicher Faktor für die Etablierung der neuen Begrifflichkeit.

Der deutschen Sprache als solcher war in den Jahrhunderten ihres Entstehens und Entwickelns keine zentrale Norm vorgegeben gewesen. Es gab keine Akademie wie etwa in Frankreich, keine staatliche Einflussgewalt. Prägend hingegen war jemand wie Martin Luther mit seiner kraftvollen Bibelübersetzung, aber auch die Buchdruckerzentren gestalteten die Sprachnormen mit. Zentrale Eingriffe hatte

lassen sich keine Veränderungen feststellen. Beim Wortschatz sind vor allem Wortneuschöpfungen im politischen Bereich auffällig. Sie prägen besonders die offizielle und institutionelle Kommunikation und auch die Sprache der Zeitungen und Parteidokumente. Daneben gibt es die immer wieder zitierten Begriffe wie Broiler für Brathähnchen, Plaste für Plastik, Kaufhalle für Supermarkt und dergleichen.



Prof. Dr. h.c. Klaus-Dieter Lehmann ist Präsident des Goethe-Instituts. Er ist unter anderem Mitglied der Akademie der Wissenschaften und der Literatur Mainz sowie der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften. Im HAUPTSTADTBRIEF nimmt er das Jubiläum von 25 Jahren Wiedervereinigung zum Anlass zu einer Betrachtung über die Beharrungskraft der gemeinsamen deutschen Sprache und Kultur.

Man kann jedoch feststellen: Die beabsichtigte Spaltung der Sprache durch Reglementierung ist fehlgeschlagen. Es ist im Gegenteil zu einer teilweisen Polarisierung von offizieller und privater Sprache gekommen. Die DDR-Bevölkerung entwickelte ihren eigenen Stil kritischer und sarkastischer Wortschöpfungen: Falten gehen für Wählen, Umrubeln für Geld tauschen, Mumiensexpress für Interzonenzug, Kaderwelsch, Bück-dich-Ware und so weiter. Seriöse Schätzungen zu abweichenden Wörtern in den beiden deutschen Staaten bewegen sich in der Größenordnung zwischen zwei bis drei Prozent. Dabei muss man beachten, dass sich auch die Sprache in der Bundesrepublik verändert hat, mehr Anglizismen und auch neue Begriffe hinzukamen. Aber vieles davon war eine Modeerscheinung: Begriffe, die nicht mehr genutzt wurden, verschwanden auch wieder aus dem Sprachgebrauch.

Zieht man nun Bilanz nach 25 Jahren Wiedervereinigung, so wird deutlich, dass der Sonderwortschatz der DDR weitgehend Geschichte ist – weil die ihn prägenden Umstände nicht mehr existieren oder weil die Wörter nie in der Alltagssprache angekommen sind. In die gemeinsame deutsche Standardsprache sind nur wenige Wörter eingegangen wie Fakt, Exponat, Kosmonaut.

Interessant ist auch ein Blick auf die Literaturentwicklung in der Bundesrepublik und der DDR. Während man noch in den 1950er-Jahren von einer einheitlichen deutschen Literatur ausging, erkannte man in den späten 1960er-Jahren eine eigenständige DDR-Literatur mit Vertretern wie Christa Wolf, Johannes Bobrowski, Günter de Bruyn, Peter Hacks, Wolf Biermann oder Heiner Müller. Es gab keinen Zweifel an der verbindenden

Funktion einer einheitlichen deutschen Sprache. Aber die unterschiedlichen Erfahrungswelten begründeten eigene Themen.

Das änderte sich im Verlauf der folgenden Jahrzehnte, in denen die Kluft zwischen der gesellschaftlichen Realität und der Parteipropaganda immer größer wurde und die Schriftsteller der Bevormundung und Einflussnahme kritische Positionen entgegengesetzten. Als Höhepunkt der Repressionen bleibt die Ausbürgerung von Wolf Biermann im Jahr 1976 in Erinnerung. Ab den 1980er-Jahren dann lassen sich kaum mehr Unterschiede zwischen ost- und westdeutscher Literatur feststellen.

Heute lernen in aller Welt so viele Menschen Deutsch wie nie zuvor. Bereits die durch die Wiedervereinigung angeregte Neugier auf Deutschland und die durch sie ausgelöste Aufbruchsstimmung hatten vor 25 Jahren zu einem enormen Anstieg des Interesses am Erwerb der deutschen Sprache geführt. Heute können wir mit Freude feststellen, dass nach einem kurzen Rückgang dieses Interesses in den 2000er-Jahren heute mehr Deutschler als je an den Goethe-Instituten eingeschrieben sind. Das ist unter anderem

In die gemeinsame deutsche Standardsprache sind nur wenige DDR-Wörter eingegangen wie Fakt, Exponat, Kosmonaut.

ein Erfolg von Initiativen der deutschen Sprachvermittlung wie „Schulen – Partner für die Zukunft“ (PASCH), 2008 vom Auswärtigen Amt ins Leben gerufen. Heute bilden insgesamt 1800 solcher Schulen ein weltumspannendes Netzwerk. Mehr als 500 davon werden vom Goethe-Institut betreut.

Aber auch in Deutschland selbst ist die deutsche Sprache 25 Jahre nach der Wiedervereinigung ein lebendiges und spannendes Thema. So wird etwa die Beherrschung des Deutschen zu Recht als die entscheidende Voraussetzung für eine erfolgreiche Integration von Migranten in Deutschland angesehen und entsprechend gefördert. Das ist gut so; denn mit der Sprache ist es ähnlich wie mit anderen Kulturgütern: Mangelnde Aufmerksamkeit macht sie weniger attraktiv, mindert ihren Reichtum und ihre Ausdruckskraft. Sprache ist ein hohes Gut für jeden.

Das Goethe-Institut, dessen Präsident unser Autor ist, hat die Aufgabe, die Kenntnis der deutschen Sprache im Ausland zu fördern, die internationale kulturelle Zusammenarbeit zu pflegen und der Welt ein aktuelles Deutschlandbild zu vermitteln. Mehr dazu auf der Website des Instituts: www.goethe.de



Die Demonstrationsparolen im Vorfeld der Wiedervereinigung 1989 (im Bild Montags-Demonstration in der Leipziger Innenstadt) machten deutlich, dass man sich der gemeinsamen Geschichte, Sprache und Kultur bewusst war, dass diese Bindung auch über die Jahrzehnte Bestand hatte.

gungen, mischte sich aber nicht in Inhalt und Gestaltung ein. Die Selbstorganisation von Künstlern und Kulturakteuren erhielt einen gestaltenden Einfluss.

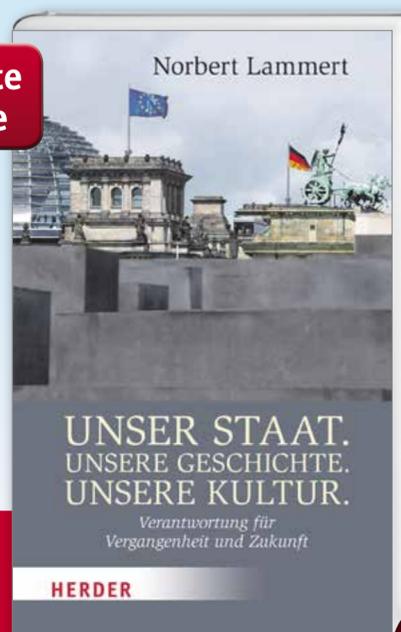
Ganz anders verlief die Entwicklung in der sowjetischen Besatzungszone. Bereits im Juni 1945 wurde von der Sowjetischen Militäradministration (SMAD) der „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ ins Leben gerufen. Mit der Gründung der DDR wurde er strukturell in Staat und SED eingebunden. Die offizielle

die deutsche Sprache nicht nötig. Ihre bedeutendsten Sprachdenker wie Leibniz, Herder und Humboldt begrüßten und unterstützten diesen dezentralen Gestaltungsprozess – die gemeinsame Muttersprache Deutsch ist ein Prototyp des deutschen Föderalismus.

Die DDR verließ bewusst diese sprachliche Tradition. Sie wollte ein anderes Deutsch. Walter Ulbricht verkündete 1970 die Teilung des Deutschen in zwei verschiedene Nationalsprachen. Das Ergebnis ist eher mager ausgefallen. Bei der Grammatik und Syntax

25 Gedanken zu Deutschland

Aktualisierte Neuauflage



Der Bundestagspräsident Norbert Lammert blickt mit diesem Buch auf unser Land. Auf ein Deutschland, in dem wir heute weltoffen, demokratisch und frei zusammenleben. Das war nicht immer so. Nach dem Scheitern der Weimarer Republik, dem Zweiten Weltkrieg und der jahrzehntelangen Teilung standen wir an einer Schwelle, die einen Neubeginn nötig und möglich gemacht hat. Norbert Lammert blickt auf die deutsche Vergangenheit und Gegenwart und analysiert pointiert die Frage »Wohin führt uns unsere Geschichte?« aus unterschiedlichen Perspektiven.

€ 19,99 / Sfr 26,90 / € [A] 20,60
ISBN 978-3-451-34822-8

HERDER
Lesen ist Leben

www.herder.de

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Die Deutschen haben Grund zum Feiern

Allerdings hätte die Teilung nicht so zugenommen an Schärfe und Härte, wenn Deutschland nicht eben durch diese Teilung zum Schauplatz des Kalten Krieges geworden wäre. Die DDR war das höchstgerüstete Land in Europa. Die BRD wollte dem auch durch Rüstung und Vokabular entsprechen. Das Ausland war froh, dass dieses ewig unruhige Deutschland durch die Teilung endlich einmal erledigt war. Und die Medien lieferten die Stimmung dazu. Es gab Wörter, die nicht mehr vorkommen durften. Ein Beispiel: Heimat. Das kann man sich zum Glück heute nicht mehr vorstellen, dass dieses halbwegs gemütvollte Wort es vermochte, alle, die es noch gebrauchten, jeder Art von peinlichem Verdacht zuzuliefern.

In den 1970er-Jahren habe ich ein Büchlein geschrieben mit Texten, die sich auf die Gegend bezogen, in der ich lebte. Ein Verleger in Friedrichshafen wollte das Büchlein bringen, zusammen mit Aquarellen des Malers André Ficus. Dann fand ein Gespräch mit dem Verleger statt. Ich hatte ihm bis dahin noch keinen Titel für das Büchlein genannt. Der Verleger fragte jetzt danach – und ich war so befangen in dieser Zeitstimmung, dass ich ihn nicht aussprechen mochte. Ich sagte: Bitte, ein Blatt Papier. Er, ein vollkonservativer Mann, hat offenbar geglaubt, ich wolle ihn mit diesem Titel hereinlegen, blamieren. Das Büchlein regt heute keinen mehr auf. Es darf wieder Heimat gesagt werden.

Dass das so ist, und dass wir jetzt einen nationalen Tag feiern dürfen, verdanken wir den Menschen, die die DDR zu Fall brachten. Es war eine sanfte Revolution. Und sie war sanft, weil sie nicht von Intellektuellen und Parteien veranstaltet wurde, sondern von den Leuten. Vom Volk. Auch das Wort Volk hat durch diese Revolution

wieder seine Würde zurückerhalten, die von keiner Propaganda und keiner Worttabu-Verordnung zu erledigen war. Ich war, zusammen mit meiner Frau, vom 1. bis 11. Oktober 1989 in Dresden, weil dort mein Roman „Verteidigung der Kindheit“ spielen sollte. Und just in diesen Oktobertagen wurde der Staat von der waffenlosen Macht des Volkes zu Fall gebracht. Tag und Nacht zogen die Menschen durch die Stadt und riefen: Wir wollen raus!

Gefeiert werden sollte gerade etwas anderes: das vierzigjährige Jubiläum des Bestehens der DDR! Der englische Verleger Robert Maxwell war gekommen und überreichte dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker vor laufender Kamera ein zweibändiges Werk in rotem Leder, eine DDR-Enzyklopädie. Darin, sagte er, sei enthalten, was Honecker geleistet habe. Und er äußerte sich zu dem, was auf den Straßen geschah, die Chöre der Massen, die die DDR nicht mehr ertragen wollten. Die beiden deutschen Staaten, sagte er, müssten bleiben und rühmte die DDR als antifaschistischen Schutzwall. Ein paar Tage später trat Honecker zurück.

Wo immer wir hinschauten, überall Aufstand, Unruhe, Empörung: Revolution. Aber nirgends Gewalt! In der

Der höchste Ruhm wird für immer dem Volk gebühren, das diese einzige sanfte Revolution der Weltgeschichte vollbrachte.

Oper gab es „Fidelio“. Wir waren in der zweiten Vorstellung. Beethovens Fidelio ist eine Freiheitsoper. Das Bühnenbild, das ja schon Monate vorher geplant und gebaut worden war, wirkte, als sei es für diese Oktobertage entworfen. Das ganze Bühnenbild hinter einem hohen Stacheldrahtzaun, der oben bühnenwärts geknickt war.



Der Anfang vom Ende der DDR: Die SED-Oberen wollen sich zum 40. Jahrestag bejubeln lassen. Doch die Menschen gehen im Oktober 1989 mit dem Ruf „Wir wollen raus!“ auf die Straße. In Plauen am 7.10., in Dresden am 8.10. und wieder am 23.10. (im Bild der Theaterplatz) erobern sie in Massen den öffentlichen Raum – friedlich.

FOTO: PICTURE-ALLIANCE/ZBUEHLICH HÄSSLER

Dahinter ein modernes Gefängnis. Der Gefangenenchor war gekleidet wie die Leute, die draußen durch die Straßen zogen. Dieser Chor sang: „Leise, leise, haltet euch zurück, ihr seid bewacht von Ohr und Blick.“ Darauf ein Beifall, wie ich ihn noch nie in einem Theaterraum erlebt hatte. Es war, als könne die Oper gar nicht mehr weitergehen. Und genau so im Theater. Die Schauspieler traten vor den Vorhang und lasen eine Resolution vor, in der sie alles verlangten, was die DDR verweigert hatte: Meinungsfreiheit, Reisefreiheit und so fort.

Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl formulierte im November 1989 die Wiedervereinigung als Ziel der bundesrepublikanischen Politik, gestand aber, dass er sich nicht vorstellen könne, wie diese Einheit tatsächlich verwirklicht werden solle. Für die Praxis waren dann auch sein Finanzminister Theo Waigel und seine Mitarbeiter zuständig. Denkwürdig der 1. Juli 1990: die Umstellung der Währung – genau genommen die Einfüh-

rung der D-Mark in der DDR. Ohne diese Umstellung hätte dieses einmalige Polit-Abenteuer, der Staatsvertrag zwischen der DDR und der BRD, nicht glücken können.

Linksorientierte Meinungsmacher haben in den 1990er-Jahren bei jeder Krise sofort darauf hingewiesen, dass die „innere Einheit“ nicht gelingen könne wegen der Währungsumstellung. Das waren eben jene Intellektuellen, die gleich nach der vollzogenen Einheit die Motive der DDR-Bürger madig machen wollten. Statt Freiheitsbedürfnis diagnostizierten sie: D-Mark-Nationalismus. Als hätte, nachdem die Grenze offen war, noch ein Mensch, der bei Verstand war, für die Ostwährung gearbeitet. 1991 betrug das Einkommen pro Einwohner im Osten 6 903 Mark, im Westen 16 695 Mark. Und 2007 war das Verhältnis 15 064 Euro zu 19 002 Euro. Fazit: Die Einheit wuchs. Sie glückte.

Diejenigen, die die Motive der protestierenden DDR-Bürger madig machen wollten, übersahen gern

etwas Entscheidendes: Die Leute, die in Dresden und Leipzig und anderswo auf die Straße gingen, mussten in jedem Augenblick damit rechnen, dass sowjetische Panzer auffahren könnten wie 1953 in Berlin und 1968 in Prag. Aber auch in den Jahren danach wurden viele berufsmäßigen Bedenken-

Wir dürfen uns darüber freuen, dass es in der deutschen Geschichte kein Vierteljahrhundert gab, das so friedlich war wie das letzte.

träger nicht müde, jede Schwierigkeit auf dem Weg zur inneren Einheit „als „Misslingen der Einheit“ zu brandmarken.

Solch tief sitzender Bereitschaft, das zu sehen, was immer noch fehlt, lässt sich nur mit Statistik begegnen: 1989 lebten die Menschen in der DDR zweieinhalb Jahre weniger als die West-

deutschen. Diese Differenz ist heute so gut wie verschwunden. Theo Waigel kommentiert ebenso nüchtern wie brillant: „Es sind nicht die schlechtesten Investitionen, die zu einem längeren Leben führen.“ Eine weitere Meldung, die Anlass zum Nachdenken gibt: Die Selbstmordquote ist in Ost- und Mitteldeutschland im letzten Vierteljahrhundert „entscheidend zurückgegangen“.

Ich habe, wenn ich dieser kritischen Ungeduld begegnete, immer gesagt: Was vierzig Jahre angerichtet haben, kann allenfalls in vierzig Jahren geheilt werden. Wenn die Mieten rascher steigen als die Einkünfte, dann denke ich eben an die vierzig Jahre. Tatsächlich darf man doch jetzt auch einmal die Politiker rühmen, die merkten, was sich in der DDR tat, und die daraus einen Prozess des Gelingens schufen. Aber der höchste Ruhm wird für immer dem Volk gebühren, das diese einzige sanfte Revolution der Weltgeschichte vollbrachte.

Wir, die Nutznießer dieses politischen Abenteuers, dürfen feststellen, dass es in der deutschen Geschichte kein Vierteljahrhundert gab, in dem die Deutschen in Ost und West so friedlich leben konnten wie in dem Vierteljahrhundert seit der Einigung. Ich habe unsere Geschichte schnell durchgesehen: Ja, so friedlich waren wir noch nie – und so erträglich auch für unsere Nachbarn. Darum brauchen wir Deutschen wir uns nicht zu genieren, endlich auch einmal einen nationalen Tag als Festtag zu feiern! Erinnern wir uns daran, was der große Dichter Heinrich Heine im 19. Jahrhundert schreiben musste: Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht.

Heute darf ein Schriftsteller sagen: Denk ich an Deutschland in der Nacht, dann schlafe ich weiter bis halb acht. ♦

Informationen zum Werk Martin Walsers, ebenso wie aktuelle Termine von Lesungen des Autors, hält der Rowohlt Verlag auf seiner Website bereit: www.rowohlt.de/autor/martin-walsers.html

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Wer ist deutsch – und wer ist deutscher?

ziehen versuchen. Helmut Kohl soll damals 1982 bei dem Gespräch mit Margaret Thatcher auch gesagt haben, dass Deutschland kein Problem mit den Portugiesen, den Italienern, selbst den Südasiaten habe, weil diese Gemeinschaften sich gut integrierte hätten. Aber die Türken kämen aus einer sehr „andersartigen“ Kultur. Und bis heute steht er mit dieser Meinung nicht allein.

Tatsächlich gibt es Statistiken, die belegen, dass muslimische Einwanderer selbst in der dritten Generation noch größere Anpassungsschwierigkeiten haben als beispielsweise deutsche Asiaten. Dennoch ist diese „andersartige“ Kultur unumkehrbar in Deutschland angekommen – und der

Tabubruch wäre heute keiner mehr, den noch 2010 der damalige Bundespräsident Christian Wulff mit dem Satz beging: „Der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.“ Tatsächlich sieht es heute so aus, dass dieses Land Deutschland im Begriff sein könnte, die Wiege eines europäischen Islams zu werden – vorausgesetzt, es hält rückwärtsgewandte islamische Verbände in Schach, die mit allen Mitteln verhindern wollen, dass an deutschen Universitäten ausgebildete muslimische Theologen die Imame von morgen werden.

Den immer wieder beschworenen „Clash of Cultures“, der auf Deutsch bezeichnenderweise ein „Kampf der Kulturen“ ist, leben wir jeden Tag in kleinen Portionen – jede und jeder für sich, in bisher zumeist erträglichen Dosen. Die befürchtete „Überfremdung“, der „Untergang des Abendlandes“ haben bislang nicht stattgefunden. Beziehungen aber – um noch einmal auf das Bild der vom Umfeld als zum Scheitern verurteilten Ehe zurückzukommen –, die wider Erwarten und trotz aller Hindernisse und Vorurteile bestehen bleiben, erweisen sich oft als die besten.

Dabei mangelt es bekanntermaßen nicht an konfliktreichen Themen: Bildungsferne und mangelnde Aufstiegschancen muslimischer Migranten, patriarchalische Rollenmuster und Verletzung von Frauenrechten in muslimisch geprägten Umfeldern, fun-



Fünfzig Jahre, nachdem der erste „Gastarbeiter“ deutschen Boden betrat, ist Deutschland zwar bei seiner Rolle als Einwanderungsland angekommen – an überzeugenden politischen Konzepten, wie Einwanderung zum Vorteil aller geregelt werden kann, fehlt es indessen weiterhin.

FOTO: FOTOLIA/MARKUS MARXIA

damentalistische Islamauslegungen, freiwillige und erzwungene Abgrenzung und Ausgrenzung – was dazu inzwischen geschrieben wurde, füllt Meter von Bücheregalen. Die Bereitschaft, über diese Themen strittig zu diskutieren, ist bei all dem dennoch nicht gewachsen. Im Gegenteil: Wir verschansen uns in Lagern, in denen es nur ein Für oder Wider zur Einwanderung gibt. Wir sind entweder Islamkritiker oder Islambefürworter – und nur selten gibt es Zeichen der Annäherung.

Thilo Sarrazin, ehemaliger Berliner Finanzsenator, veröffentlichte 2011 den vielschichtigsten Bestseller „Deutschland schafft sich ab“, in dem er Migranten muslimischer Herkunft erhebliche ökonomische und kulturelle Integrationsschwierigkeiten attestiert. Als ich im Sommer jenes Jahres mit ihm für einen Dokumen-

tarfilm einen Gang durch Kreuzberg wagte, gab es neben den Schmähungen einer organisierten Gruppe linker Extremisten auch Schelte seitens eines der von Thilo Sarrazin in seinem Buch erwähnten türkischen „Obstverkäufer“ auf dem sogenannten Türkenmarkt am Maybachufer.

An einem der Stände hinter einem Berg glänzender Fleischtomaten rief ein türkischstämmiger Mann mittleren Alters Sarrazin zu, er stimme mit vielen seiner Kritikpunkte überein, auch er sei es leid mitanzusehen, wie einige seiner türkischstämmigen Mitbürger sich nicht ausreichend integrierten und die Demokratie und die Freiheiten in diesem Land nicht schätzten. Aber man möge es in Zukunft doch bitte unterlassen, ständig von „den Türken“ zu reden, denn er, der Gemüsehändler, sehe sich allen Widerständen zum Trotz als Deutscher.

Thilo Sarrazin, sichtlich irritiert von den Ausführungen des Mannes, bedankte sich höflich und ging weiter. Er könne sich nicht vorstellen, sagte er kurz darauf zu mir, dass dieser Mann sich tatsächlich als Deutscher empfinde. Als ich ihn fragte, wie sich das denn anfühlen müsse, dieses „echte Deutschein“, blieb er mir die Antwort schuldig.

Dabei hatte der Obst- und Gemüsehändler eigentlich schon die richtige Spur zur Beantwortung dieser Frage gelegt. Wenn unsere freie Gesellschaft, unser Rechtsstaat und unsere Demokratie mit ihren Forderungen und Pflichten für den Einzelnen das ist, womit sich die Mehrheit in diesem Land identifiziert, wenn Religion zur Privatsache wird und die Erziehung von Kindern zu tüchtigen, selbstbestimmten und verantwortungsbewussten Menschen ein gesamtgesellschaftliches Anliegen

– können wir dann daraus nicht Werte ableiten, die für alle gültig sind?

Wir brauchen ein gemeinsames, verbindliches Verständnis dessen, was es heißt, in Deutschland zu leben, Deutscher zu sein, mit allen Rechten und Freiheiten – für einen selbst und alle anderen. Wenn wir das erreichen können, werden die dann noch vorhandenen Unterschiede bereichernde Normalität sein. ♦

In ihrem letzten, 2014 erschienenen Buch Aliyas Flucht oder Die gefährliche Reise in ein neues Leben beschreibt unsere Autorin Güner Yasemin Balci eine bittere, alltägliche Lebensrealität in Deutschland: Die titelgebende Aliyah ist 23 Jahre alt und auf der Flucht vor ihrer eigenen Familie, von der sie – wie viele muslimische Mädchen und Frauen – massiv und unter Missachtung der Rechte und Freiheiten des deutschen Grundgesetzes an der Ausübung ihrer Freiheitsrechte gehindert wird. S. Fischer Verlag, Frankfurt am Main 2014. 256 Seiten, 14,99 Euro, als E-Book 12,99 Euro. www.fischerverlage.de

IMPRESSUM

Die Hintergrund-Seiten in der Berliner Morgenpost entstehen in Zusammenarbeit mit DER HAUPTSTADTBRIEF – Informations- und Hintergrund-Dienst aus Berlin.

Ausgabe vom 2. Oktober 2015

Verlag: HAUPTSTADTBRIEF Berlin Verlagsgesellschaft mbH
Tempelhofer Ufer 23–24, 10963 Berlin
Tel. 030 / 21 50 54 00, Fax 030 / 21 50 54 47
info@derhauptstadtbrief.de

Herausgeber: Detlef Prinz
Redaktionsdirektor: Dr. Rainer Bieling
Layout: Mike Zastrow, Manuel Schwartz
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Dr. Rainer Bieling
Anschreiben für alle siehe Verlag

Anzeigen: Jan Schiller (Leiter Vermarktung)
Berliner Morgenpost GmbH
Kurfürstendamm 21–22, 10719 Berlin
Tel. 030 / 88 72 776 – 00
jan.schiller@morgenpost.de

Druck: Axel Springer SE,
Druckhaus Spandau GmbH & Co. KG
Brunsbütteler Damm 156–172, 13581 Berlin

Diese Ausgabe finden Sie auch online unter www.derhauptstadtbrief.de
© DER HAUPTSTADTBRIEF 2015

25 Jahre Deutsche Einheit – und wo steht die deutsche Hauptstadt heute? Berlin hat ein spannendes Vierteljahrhundert hinter sich und vieles erreicht. Aber eines ist auch klar – und es ist vielleicht das Wichtigste: Fertig ist die Stadt noch lange nicht.

Zugegeben: Mit Unfertigem haben wir ein Problem, gerade wir Deutschen. Uns stört, wenn etwas noch nicht so weit ist, wie es sein sollte und könnte. Denn das bedeutet ja: Es wird noch weiter Arbeit machen. Auch ist da immer ein Restzweifel, ob es denn überhaupt je richtig zum Abschluss kommen wird. Lieber ist es uns jedenfalls, wenn etwas fertig ist. Aber ausgerechnet und unbestreitbar ist Berlin nun einmal – unfertig.

In der Stadt ist etwas los, die Stadt bewegt sich. Aber man spürt, dass nichts schon wirklich zu einem Ende gekommen ist. Überall gibt es noch Lücken. Was da heute im Gange ist, ist spürbar erst der Anfang von etwas oder bestenfalls eine Station auf dem Weg dahin. Eine „runde Sache“ ist Berlin nicht, in keiner Hinsicht. Eher möchte man den Eindruck haben, es sträube sich regelrecht dagegen, eine runde Sache zu werden. Kann man das akzeptieren?

Man wird es müssen – denn die Unfertigkeit ist die alles beherrschende Attraktion des heutigen Berlin. Schon immer war der Mai der schönste Monat in dieser Stadt, wenn alles neu beginnt und aufblüht. Heute ist das Binnenklima Berlins wie ein in die Länge gezogener Frühling. Dass es – im übertragenen Sinne – irgendwann Sommer werden könnte, gilt beinahe schon als Befürchtung.

Vor 25 Jahren beherrschten große Hoffnungen diese plötzlich nicht mehr geteilte Stadt. Was die Mauer in der Vergangenheit verhindert hatte, würde nun als Zukunft Berlins Wirklichkeit werden: die Stadt als potentes Drehkreuz zwischen Ost und West, die Rückkehr der großen deutschen Unternehmen in die Stadt, der Bedeutungszuwachs Berlins als Deutschlands Hauptstadt ...

Letzteres ist Wirklichkeit geworden, die erhoffte markante Rolle als Drehkreuz und Wirtschaftsstandort indessen spielt die Stadt bis heute nicht. Die einfache Rechnung, dass Berlin seine Zukunft auf das würde bauen können, was die Teilung aus der Stadt vertrieben hatte, ging nicht auf. Und sogar der Hauptstadtbeschluss, also die Entscheidung des Deutschen Bundestages vom Juni 1991, seinen Sitz von Bonn nach Berlin zu verlegen, war eine schwierige Geburt.

Berlin hat in einem spannenden Vierteljahrhundert viel erreicht. Aber fertig ist die Stadt noch lange nicht.

Immerhin aber gehören Einzug und Platzierung von Regierung und Parlament in der Stadt inzwischen noch am ehesten zu dem, was tatsächlich weitgehend fertig ist. Die Regierungsinstitutionen nehmen prominente Standorte ein, bedrängen aber nicht die übrige Stadt – sie bereichern sie im Gegenteil. Sie schmücken die Stadt, und sie sind gute und ordentliche Neu-Berliner gewor-

Die Unfertigkeit ist die alles beherrschende Attraktion Berlins

Eine „runde Sache“ ist die Hauptstadt im 25. Einheitsjahr nicht.

Eher hat man den Eindruck, sie sträube sich dagegen, eine runde Sache zu werden | Von Volker Hassemer



Dr. Volker Hassemer ist Vorstandsvorsitzender der Stiftung Zukunft Berlin. Er war Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz, später Senator für kulturelle Angelegenheiten in West-Berlin und 1996 bis 2002 Geschäftsführer der Hauptstadt-Marketing-Gesellschaft Partner für Berlin. Für den HAUPTSTADTBRIEF blickt er auf 25 Jahre Berliner Einheit und sieht mauerfreie Vielheit, weil sich so viele in der Stadt so vieles vornehmen.

den. Regierungssitz zu sein, gehört zu Berlin, macht es aber nicht aus.

Die Stadt als Ganzes ist vor allem eines: unübersichtlich. Was hier wurde und wird, ist nicht nur „das neue Berlin“, dessen Weg die von 1998 bis 2001 laufende gleichnamige Kampagne des Hauptstadt-Marketings begleitete. Was vor unseren Augen entsteht, ist ein anderes Berlin. Was sich an Erhofftem nicht einstellte, ließ Platz für anderes. Menschen kamen in die Stadt, die witterten, dass sich hier etwas bewegt. Die Entwicklung Berlins entspringt nicht als Kopfgeburt der Planung oder einer Entscheidung von oben. Sie hat ihren Antrieb nicht im Tribut einer deutschen Gesellschaft an ihre frühere und wiedergewonnene Hauptstadt. Nein, die Entwicklung Berlins entspringt einer Vielzahl persönlicher Entscheidungen von unten – sie ist mehr Herzensangelegenheit als Staatsakt.

Nicht die großen Unternehmenszentralen zog es nach Berlin, sondern eher all jene, die sich mit ihrem Potential in Großunternehmen ohnehin nicht richtig aufgehoben sahen. Denn das zeichnet sich inzwischen ab: Unternehmungsgeist hat, wer nach Berlin kommt – nur eben nicht auf den ausgetretenen Pfaden. Diese vielen innovationsfreudigen Neu-Berliner sind es nicht zuletzt, die dabei sind, Berlin zu machen.

Dass es solche Leute nach Berlin zog und immer noch zieht, liegt an den „weichen“ Faktoren dieser Stadt, und die erweisen sich letztlich als härter, als ihnen gemeinhin zugeschrieben wird: die urbane Qualität Berlins, seine Atmosphäre, sein öffentlicher, gemeinsamer und vielfältiger Raum, seine gesellschaftliche und ökonomische Zugänglichkeit, seine Freiheit, sein kulturelles Leben, seine wissenschaftliche Basis. Und dass es immer mehr bevölkert wurde und wird von Gleichgesinnten: Wer nach Berlin kam, fand sich hier mehr und mehr unter Seinesgleichen. Diese Neuzugänge sind inzwischen – neben „Ost“ und „West“ – die dritte prägende Kraft in der Stadt geworden.

Und diese neue, dritte Kraft ist bei weitem die dynamischste. Sie überspielt die beiden traditionellen Standbeine Ost und West und setzt das Ganze in Bewegung. Sie ist verantwortlich für den neuen „Spirit“ der Stadt und dafür, dass aus dem „neuen Berlin“ mehr und mehr das „andere Berlin“ wird. Da nimmt es nicht wunder, dass die Stadt unfertig ist – hat diese neue Kraft doch eben erst begonnen, ihren Einfluss auf die Entwicklung geltend zu machen, einer Entwicklung zudem, die es gar nicht darauf anlegt, fertig zu werden.

Was sich hier abspielt, lässt sich nicht achselzuckend abtun mit dem ohnehin schon fast zu Tode bemühten, über 100 Jahre alten Zitat des Publizisten Karl Scheffler, das Schicksal Berlins sei es, „immerfort zu werden und nie zu sein“. Denn was Berlin jetzt braucht, ist nicht Achselzucken, sondern Anstrengung. Eine Stadt im Werden benötigt mehr Energie, benötigt mehr Aufmerksamkeit als eine, die sich auf den erfolgreichen Trott des Bestehenden verlassen kann.

Wenn auch das Ende des Weges nicht klar ist, so gilt es doch zu fragen: Was

ist sich nicht schon selbst genug – sie schließt sich nicht ab, sie ist von einladendem Naturell. Und die Berliner Unfertigkeit hat das Plus, bereits auf den Erfahrungen der vergangenen 25 Jahre aufzubauen, in denen man sich dem Zuwachs an Neuem nicht verschloss und damit belohnt wurde, dass daraus die wichtigste Perspektive der Stadt wurde.

Wir haben es durch alle Höhen und Tiefen und durch alle erlebten und verursachten Belastungen des vergangenen Jahrhunderts gelernt: Berlin ist eine Stadt der Freiheit. Die Anziehungskraft Berlins besteht heute vor allem in dem konkreten Versprechen, Freiheit und variable Gestaltungsmöglichkeiten zu bieten. Wir sind eine

Berlin zieht an: Die urbane Qualität der Stadt und ihre Zugänglichkeit wirken wie ein Magnet auf immer mehr Zuzügler – rund 44 700 waren es 2014, Tendenz steigend. Die Neu-Berliner sind inzwischen – vorbei an „Ost“ und „West“ – die dritte prägende Kraft in der Stadt geworden.

FOTO: FOTOLIATUNEDIN



Unternehmungsgeist auf neuen Pfaden: Als die Mauer fiel, ging die Hoffnung um, große deutsche Unternehmen würden sich wieder in Berlin ansiedeln. Heute, 25 Jahre später, sieht es anders aus. Nicht die Konzerne, sondern junge, innovative Leute zieht es nach Berlin, die ein mobiles Arbeiten in Netzwerken Gleichgesinnter dem Hochhangeln auf Karriereleitern vorziehen.

FOTO: IHAGI/WESTENDI

ist heute und morgen nötig, um ihn erfolgreich zu gehen? Das wird letztlich vor allem von jenen abhängen, die ihn gehen werden. Die Erkenntnis der Unfertigkeit ist dabei ein unerlässlicher Wegweiser. Unfertigkeit fordert heraus, Neues zu wagen, da man sich nicht auf das Bestehende als Zukunftsgarantie verlassen kann. Unfertigkeit

offene Stadt, eine Stadt, die man sich aneignen kann. Eine Stadt, die mit ihrer Gestaltungsoffenheit und ihrer Atmosphäre dazu anregt, sich mit ihr zu verbinden und zu verbünden.

Das ist eine Einladung an die Welt. Und hat nichts mit Großspurigkeit zu tun, sondern fußt auf der Bereitschaft zu einer Zusage, die die

Stadtgesellschaft halten will und die sie halten muss. Dass das heutzutage nicht immer leicht und schon gar nicht selbstverständlich ist, darf Berlin nicht daran hindern, voll hinter seiner Einladung an die Welt zu stehen.

Zwei Faktoren, mit denen die Stadt seit jeher punkten kann und die ihre Lebensgeister wach halten, sind Kultur und Wissenschaft – ein erheblicher Standortvorteil gegenüber anderen Orten in der Welt, die erst allmählich zu verstehen beginnen, wie unerlässlich heute das Kulturelle als maßgeblicher städtischer Faktor ist, und die nun verstärkt in den Ausbau dieses Sektors investieren. Hier in Berlin wurden und waren Kunst und Kultur nicht zuletzt schon in den schwierigen Zeiten der Teilung Substanz und Sauerstoff der Stadt – ständig sich verändernd, auf Impulse auch von außen angewiesen und für das Leben und Lebendigbleiben der Stadt unverzichtbar.

Die tägliche „Stulle“ Brot einer Stadt aber – das hat Berlin, wie andere Städte auch, in den letzten Jahren schmerzlich bestätigt gesehen – ist die Substanz ihrer Infrastruktur, sind das tägliche Management und die soziale und persönliche Sicherheit ihrer Bürger. In Zeiten und an Orten gesellschaftlicher, ökonomischer und sozialer Veränderungen ist das öffentliche und gesellschaftliche Management besonders gefordert. Da genügt es nicht, einfach nur gute Arbeit zu machen. Da ist es unerlässlich, tagesaktuell Schritt zu halten mit dem Neuen, das sich in der Stadt abspielt. Ja, das Management einer Stadt wie Berlin muss diesen Neuerungen sogar im Idealfall einen Schritt voraus sein, wenn es anstehende Entwicklungen günstig befördern will.

Was sich an Erhofftem nicht einstellte, ließ Platz für anderes. Menschen kamen in die Stadt, die witterten, dass sich hier etwas bewegt.

Die produktive Unruhe und die Lust an der Innovation, die Berlin erfasst haben, können vor den Toren des Roten Rathauses nicht haltmachen. Es gehört zu den betrieblichen Besonderheiten der Politik im Allgemeinen, dass ihre Protagonisten gewissermaßen unter dem Zwang stehen vorzugeben, man habe die Dinge sicher im Griff. In einer Stadt wie Berlin, deren attraktivste Eigenschaft es ist, noch auf dem Weg zu sein, wäre das Gegenteil sympathisch und zielführend. Es würde die Berliner Politik schmücken und ehren, wenn sie mehr als bisher zu dem Zugeständnis bereit wäre, selbst auch nur auf dem Weg zu sein – wie ihre Stadt. Dazu gehört aber auch, dass von den Verantwortlichen mehr Klartext geredet wird darüber, wie sie die nächsten Schritte auf diesem Weg planen und was sie sich mittelfristig vorgenommen haben für dieses und in diesem Berlin, in dem sich derzeit so viele so vieles vornehmen. ♦

Die Stiftung Zukunft Berlin, deren Vorstandsvorsitzender unser Autor Volker Hassemer ist, ist ein unabhängiges Forum für bürgerschaftliche Mitverantwortung: „Uns geht es um die Zukunft Berlins. Wichtige Entscheidungen für die Stadt wollen wir nicht allein der Politik überlassen.“ Auf welchen vier Feldern sich die Stiftung einmischt, steht auf deren Website: www.stiftungzukunftberlin.eu

W
WALDORF
ASTORIA
BERLIN

Waldorf Astoria Berlin
Hardenbergstraße 28, 10623 Berlin
Tel. +49 (0)30814000-0
E-Mail mail.info@waldorfastoria.com
waldorfastoriaberlin.de



27. BIS 29. OKTOBER 2015

GOURMET-MENÜ MIT PIERRE GAGNAIRE

Pierre Gagnaire führt weltweit zwölf Restaurants mit insgesamt 13 Michelin-Sternen und wurde Anfang des Jahres in einer Umfrage des französischen Kulinarikmagazins „Le Chef“ von

einer Jury aus 512 internationalen Sterneköchen zum weltweit besten Küchenchef gekürt.

Erleben Sie den „Picasso der französischen Küche“ und Schirmherr des Gourmet-Restaurants

Les Solistes im Waldorf Astoria, vom 27. bis 29. Oktober live und genießen Sie ein köstliches, herbstliches 5-Gänge-Gourmet-Menü.

5-Gänge-Gourmet-Menü 119 Euro pro Person

Für Fragen und Reservierungen stehen wir Ihnen gerne unter Tel.: 030 814000-2462 oder per E-Mail an berlin.lessolistes@waldorfastoria.com zur Verfügung.

LES SOLISTES
BY PIERRE GAGNAIRE

Wenn man über die damalige Energiewirtschaft der DDR nachdenkt, kommen einem Braunkohlekraftwerke und Braunkohletagebau in den Sinn und selbstverständlich der Trabbi, das legendäre DDR-Auto, das mit viel Abgasen und Lärm wenig Leistung brachte. Auch die Plaste und Elaste aus Schkopau fallen einem ein und Bitterfeld, Wahrzeichen einer schmutzigen chemischen Industrie. Wer damals in die DDR reiste, bekam den süßlichen Geruch und den Smog der Braunkohleheizungen in den Städten in die Nase, die die schlecht wärmedämmten und ohne Regeltechnik ausgestatteten Plattenbauten mit Wärmeenergie versorgten.

Die DDR stand im Westen auch für die massiven Belastungen für Mensch und Umwelt durch ihre chemische Industrie sowie durch den Uranabbau. Der Bau und Betrieb von Kernkraftwerken sowjetischen Typs in der DDR traf insbesondere bei der westdeutschen Anti-Atomkraft-Bewegung ebenfalls auf erhebliche Kritik – wobei die Meiler von den Fachleuten aus der westlichen Nuklearindustrie als ebenso sicher wie die heimischen eingestuft wurden. Diese Auffassung änderte sich indessen nach der Atomkatastrophe in Tschernobyl schlagartig – dem Umstand zum Trotz, dass noch ein halbes Jahr zuvor der Sicherheitsstandard als mit westlichen Anlagen vergleichbar eingestuft worden war.

Die energiewirtschaftlich ineffiziente Situation in der DDR und die ökologisch katastrophalen Zustände lagen nicht daran, dass dort die „dümmen“ Fachleute für diese Bereiche zuständig gewesen wären, sondern waren in der Hauptsache die Folge einer wirtschaftspolitischen Richtlinie aus dem Jahr 1971, die auf der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ basierte. Ziel dieser Richtlinie war, den Lebensstandard und die Versorgung der Bevölkerung zu steigern, ohne gleichzeitig

Die DDR setzte massiv auf die Nutzung der vordergründig billigen heimischen Braunkohle – und das in alten, ineffizienten Kraftwerken aus den 1920er- und 1930er-Jahren.

Produktivitätsgewinne zu erzielen. Eine Verbesserung der Lebensqualität, so offenbar die Annahme, werde dann quasi „von selbst“ zu einer Verbesserung der Wirtschaftsleistung führen.

Dass daraus nichts wurde, ist bekannt. Besonders dramatisch wirkten sich für die DDR und ihre Energiewirtschaft zudem die Erdölkrisen der 1970er-Jahre aus, da damit eine geplante Modernisierung und Umstellung auf Erdöl und Erdgas verhindert wurde. Die DDR setzte daraufhin massiv auf die Nutzung der vordergründig



Eine Modernisierung, die sich sehen lassen kann

Braunkohle und Bitterfeld waren bis zum Mauerfall Synonyme für den Zustand von Energie und Umwelt in der DDR. Das hat Deutschland weit hinter sich gelassen | Von Stephan Kohler

billigen heimischen Braunkohle – und das in alten, ineffizienten Kraftwerken aus den 1920er- und 1930er-Jahren, die nicht stillgelegt oder modernisiert wurden, sondern deren Laufzeit man stattdessen verlängerte. Das stellte eine massive Umwelt- und Gesundheitsbelastung dar, ebenso wie der Einsatz von Braunkohle in Heizungsanlagen in den Gebäuden sowie als Rohstoff zur stofflichen Nutzung. Eine Zahl genügt, um eine Vorstellung von der Größenordnung dieser Belastung zu erhalten: Rund 30 Prozent der weltweiten Braunkohleproduktion fand damals in der DDR statt.

In denselben Zeitraum fällt das Erdgasröhrengeschäft zwischen der Bundesrepublik und der damaligen UdSSR, das unter anderem die Grundlage für den Siegeszug von Erdgas in Westdeutschland schaffte. Zwar basierte die Stromerzeugung in Westdeutschland zu diesem Zeitpunkt auch weiterhin noch zu einem großen Teil auf Braun- und Steinkohlekraftwerken – die aber wurden nach und nach modernisiert und erneuert und durch den Bau von Erdöl- und Erdgaskraftwerken, ebenso aber auch von Kernkraftwerken, ergänzt. Vorhandene Heizungsanlagen wurden zunehmend auf Erdöl und Erdgas umgestellt, und die hohen Preise machten Investitionen in Energieeffizienz wirtschaftlich attraktiv.

Im Gegensatz dazu nutzte die DDR Ende der 1970er-Jahre die billigen Erdöllieferungen aus der UdSSR, zu Preisen weit unterhalb der Weltmarktpreise, dazu aus, Erdöl weiterzuverarbeiten und die Produkte gegen harte



Stephan Kohler

ist Gesellschafter der TU-Campus Euref gGmbH, einem An-Institut der Technischen Universität Berlin, das auf dem Euref-Campus in Berlin-Schöneberg Mas-terstudiengänge zu „Stadt und Energie“ durchführt. Er war von 2000 bis 2014 Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Energie-Agentur (dena). Für den HAUPTSTADTBRIEF beschreibt er, was sich seit der Wiedervereinigung bei der Energieversorgung getan hat – und woran es weiter mangelt.

FOTO: FRANK PETERS

Devisen in den Westen zu verkaufen. Diesen „Umwandlungsgewinnen“ machte die UdSSR Anfang der 1980er-Jahre ein Ende, indem sie die billigen Erdöl- und Erdgasexporte in die DDR stoppte. Das energiewirtschaftliche Ergebnis war, dass die relativ sauberen Energieträger Erdöl und Erdgas in der DDR-Energiewirtschaft praktisch keine Rolle mehr spielten, während im Westen diese Energieträger immer stärker zum Einsatz kamen, auch zur Stromerzeugung.

Der Mauerfall und die Wiedervereinigung brachten auch in der Energieversorgung eine grundlegende Modernisierung ins Rollen, deren Ergebnisse sich sehen lassen können. Neben der Schließung der Uranbergwerke, der Renaturierung der stillgelegten Braunkohletagebauanlagen und der Stilllegung der ostdeutschen Atomkraftwerke wurde in den neuen Bundesländern auch massiv in Energieeffizienz und moderne Technologien investiert. Die energetische Modernisierung und Sanierung der Plattenbausiedlungen ist weitgehend abgeschlossen. Der Einsatz von moderner Heiztechnologie auf

Erdöl- und Erdgasbasis ist ebenfalls fast vollständig erfolgt.

Wie hoch die realisierten Effizienzgewinne tatsächlich sind, wird daran deutlich, dass in Deutschland insgesamt seit 1990 rund 27 Prozent CO₂-Einsparung erreicht wurde, davon 10 Prozent in den alten, in den neuen Bundesländern aber rund 17 Prozent. Diese Reduktion war auch dadurch möglich, dass ganze Industriekomplexe stillgelegt wurden – was allerdings auch zur massiven Vernichtung von Arbeitsplätzen geführt hat. Die Braunkohle spielt indessen auch heute noch eine bedeutende Rolle in der Stromerzeugung und ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in den neuen Bundesländern – allerdings heute auf einem weitaus effizienteren Niveau als früher.

Besonders positive Auswirkungen hat auch der mit der Energiewende einhergehende Ausbau von Wind-, Biomasse- und Solaranlagen in den neuen Bundesländern. Auf die Stromerzeugung aus regenerativen Erzeugungsanlagen entfällt beispielsweise in Mecklenburg-Vorpommern heute schon ein Anteil von über 60 Prozent – wobei die Wind- und Biomasse-Energie überwiegt. Der Ausbau gerade im Bereich der Windenergie war und ist sehr erfolgreich und setzt sich nunmehr mit dem Bau von Offshore-Windkraftwerken in der Ostsee fort. Für die neuen Bundesländer ist es jetzt von Vorteil, dass sie über kostengünstige und wettbewerbsfähige Braunkohlekraftwerke verfügen, die die Versorgungssicherheit gewährleisten – gepaart mit einem hohen Anteil an regenerativer Stromerzeugung.

Diese Situation führt heute dazu, dass in den neuen Bundesländern mehr Strom produziert als verbraucht wird, und dass sie deshalb Strom exportieren können. Die dafür notwendigen Stromnetze zwischen Ost- und Westdeutschland fehlen allerdings noch immer. Dies ist ein Feld, auf dem die Wiedervereinigung noch nicht im wünschenswerten Maß umgesetzt ist – eine Situation, die nicht zuletzt aufgrund des verbreiteten Widerstandes gegen den Neubau von Stromtrassen auch noch eine Zeitlang bestehen bleiben dürfte. Aber gerade die Stromnetzverbindun-

Heute produzieren die neuen Bundesländer mehr Strom, als sie verbrauchen. Die nötigen Stromnetze für die Umverteilung fehlen allerdings noch immer.

gen nach Süddeutschland wären dringend erforderlich, da bis zum Jahr 2022 in Bayern noch weitere 5.200 Megawatt (MW) an Kernkraftwerksleistung stillgelegt werden – mit der Folge eines Leistungsdefizits. Hier könnten die neuen Bundesländer mit ihrem Kraftwerkspark CO₂-freien Strom und gesicherte Leistung liefern.

An dieser Stelle lohnt ein Blick in die Zukunft, in der eine strategische Weiterentwicklung der mit der Wiedervereinigung möglich gewordenen Planung in der Energiewirtschaft

Die neuen Bundesländer liegen bei der regenerativen Stromerzeugung ganz vorn. In Mecklenburg-Vorpommern hat sie heute bereits einen Anteil von über 60 Prozent an der Energiegewinnung – mit steigender Tendenz, nicht zuletzt dank Offshore-Windkraftwerken in der Ostsee, im Bild der EnBW Windpark Baltic 2 nördlich von Rügen.

FOTO: PICTURE ALLIANCE/ZBjENS BUTTNER

in Richtung Osten unerlässlich ist. Bereits heute werden die polnischen, tschechischen und österreichischen Netze zu windstarken Zeiten aufgrund des Netzengpasses in Deutschland sehr stark belastet. Das hat inzwischen dazu geführt, dass technische Einrichtungen an der deutsch-polnischen Grenze ins Stromverbundnetz eingebaut wurden, mit Hilfe derer die Stromflüsse nach Polen verhindert werden können, um Überlastungen zu vermeiden. Indessen gibt es gegen die polnische, ja fast gegen die gesamte osteuropäische Energiewirtschaft bei westdeutschen Klimaschützern große Vorbehalte, da die dortige Stromversorgung noch sehr stark auf Kohlekraftwerken basiert.

Doch anstatt Grenzen mit technischen Mitteln gegen den Osten erneut abzuschotten, sollten verbundwirtschaftliche Strategien Richtung Osten und Norden aktiv entwickelt und realisiert werden. Der schon lange in der Diskussion befindliche Ostseering – unter Einbeziehung von Polen, Kaliningrad, den baltischen Staaten, Russland und der westlichen Ostseeanrainerstaaten – ist eine interessante Option, die energiewirtschaftlich viel Sinn macht. Auch heute schon werden vereinzelt Netzverbindungen in diesem Raum gebaut – aber tatsächlich mehr mit der Zielsetzung der Abwendung als unter dem Gedanken der (Wieder-)Ver- einigung.

So bauen und planen beispielsweise die baltischen Staaten ihre Netzverbindungen über die Ostsee auch mit der Absicht, sich aus dem Stromverbund mit Russland zu lösen. Langfristig jedoch ist energiewirtschaftliche Trennung nicht die Lösung, sondern die Kooperation und Zusammenarbeit von gleichberechtigten Partnern im Dienste einer effizienten, gesicherten Energieversorgung für alle Beteiligten. Es wäre zu wünschen, dass die sehr erfolgreiche Kooperation beim Bau der Ostsee-Erdgaspipeline Nord Stream auch im Stromsektor machbar ist. Es kann doch nicht sein, dass die ehemalige innerdeutsche Grenze in Sachen Energie wiederbelebt und einfach einige hundert Kilometer nach Osten verlegt wird. ♦

Der Ausbau des deutschen Stromnetzes zwischen Ost- und Westdeutschland ist 25 Jahre nach der Wiedervereinigung nicht so gut vorangekommen, wie es wünschenswert wäre – so unser Autor Stephan Kohler. Darüber, wie die sich wandelnden Anforderungen an das Stromversorgungsnetz heute und in Zukunft aussehen, informiert das Umweltbundesamt hier: www.umweltbundesamt.de/daten/energiebereitstellung-verbrauch/ausbau-des-deutschen-stromnetzes

GUTES KAUFEN UND GUTES TUN

Warum sich porta für mehr als gute Möbel engagiert

Menschlichkeit und soziales Engagement stehen für das Familienunternehmen porta an oberster Stelle. Denn wirtschaftlicher Erfolg bedeutet für die Inhaber und Gründer auch, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Aktuell unterstützt porta daher den RTL-Spendenmarathon mit dem Verkauf von „Flauschn“, „Flauschn“ ist ein kuscheliges Plüschtier und bei porta in Potsdam in drei Größen erhältlich. Der Reinerlös der Spendenaktion geht zu 100 Prozent an die RTL-Stiftung „Wir helfen Kindern“ sowie die „Andreas Gärtner-Stiftung – Hilfe für Kinder mit geistiger Behinderung“.

Die porta-Gruppe, welche in diesem Jahr 50. Jubiläum feiert, engagiert sich seit Jahren für soziale Projekte und Einrichtungen. So spendet porta jedes Jahr am 7. Mai, dem Geburtstag von porta-Mitgründer Hermann Gärtner, zehn Prozent des Tagesumsatzes an gemeinnützige Organisationen und ist deutschlandweit mit dem Team von „porta hilft!“ im Einsatz.



FLAUSCHN® KAUFEN UND DABEI GUTES TUN!

TeenyFLAUSCHN Ø35 cm 7000001.00-06 je **14,95**

Baby-FLAUSCHN Ø25 cm 7000000.00-06 je **9,95**

Buddy-FLAUSCHN Ø45 cm 7000002.00-06 je **19,95**

Alles Abholpreise waschbar

FLAUSCHN versch. Farben und Größen. 100% Polyester, Zertifikat: CE und EN-71 und AZO getestet

WIR SPENDEN GEMEINSAM 100% VOM REINERLÖS FÜR BEDÜRFTIGE KINDER AN:

RTL
Wir helfen Kindern

& Andreas Gärtner-Stiftung
Hilfe für Kinder mit geistiger Behinderung

www.rtlwirhelfenkindern.de www.andreas-gaertner-stiftung.de
Aufgrund der Spendenaktion können keinerlei Rabatte auf den Verkaufspreis angerechnet werden.

50
JAHRE Wohlfühlen
Wir feiern ein ganzes Jahr mit vielen Jubiläumaktionen

porta!
möbel & mehr